

# Gärtner=Zeitung.

Zentralorgan für die Interessen aller im Gartenbau und in der Blumen- und Kranzbinderei tätigen Personen.

Offizielles Organ des

Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins (Sitz: Berlin)

(seit dem 1. Januar 1904 mit der Deutschen Gärtner-Vereinigung vereinigt).

Mitglieder des Allg. Deutschen Gärtner-Vereins erhalten die Zeitung gratis.

**Erscheint**  
wöchentlich jeden  
Sonnabend.  
Jährlich  
52 Nummern.

**Abonnements**  
nehmen alle Post-  
anstalten entgegen.  
Preis vierteljährlich  
3.90 Mark.

Redaktion und Expedition:  
Berlin N. 37, Metzger Strauße No. 3.

Eigentümer und Herausgeber:  
Hauptvorstand des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins.

Redaktionschluss:  
Jeden Dienstag Morgen.

## Wehrt Euch gegen die neue Steuer=Ausplünderung!

Des Deutschen Reiches neue „Finanzreform“, geschaffen von dem schwarzblauen Block, wird jetzt in die Praxis des wirtschaftlichen Lebens eingeführt. Mit dem 1. August ds. Js. sind inkraft getreten: das Brausteuergesetz, die Reichsstampelnovelle, die Erhöhung des Kaffee- und Teezoll. Am 15. August tritt das Tabaksteuergesetz inkraft, diesem folgen am 1. September die Änderung des Zigarettensteuergesetzes, am 1. Oktober das Branntweinsteuergesetz, das Gesetz betreffend die Zündholz- und Beleuchtungssteuer, die Schaumweinsteuer und die Scheckstempelsteuer. Und schließlich am 1. April 1910 die Änderung des Zollvereinignungsvertrages vom 8. Juli 1867. Im einzelnen sollen die neuen Steuern dem Reiche pro Jahr folgende Erträge an neuen Steuern bringen:

	Millionen Mark
aus dem Branntwein . . . .	80
„ „ Bier . . . . .	100
„ „ Tabak . . . . .	43
„ „ Schaumwein . . . . .	5
„ „ Kaffee und Tee . . . .	37
„ „ Effektenstempel . . . .	22,5
„ „ Grundstücksstempel . .	40
„ „ Wechsel- u. Scheckstempel	19,5
„ „ Talonstempel . . . . .	27,5
„ „ Beleuchtungsmitteln . .	20
„ „ Zündwaren . . . . .	25
„ „ Zucker (bereits bestehend)	35
„ „ Fahrkarten „ „ . . . .	20
„ „ Beitrag d. Einzelstaaten	25,5

Summa: Millionen Mark: 500

Um wieviel im einzelnen die jetzt mit neuen Steuern belasteten oder durch Steuererhöhung höher belasteten wichtigsten Verbrauchsartikel nunmehr voraussichtlich teurer werden, das lese man in den an anderer Stelle unsrer heutigen Zeitungsnummer enthaltenen Merktafeln nach. Es ist ausgerechnet worden, daß im Durchschnitt der Familienhaushalt etwa im Monat um 10 1/2 Mark, im Jahre also um etwa 126 Mark neu belastet werden wird. Im Durchschnitt, wohlgerne! Einzelne Familien werden diese Steuern um etwas weniger zu fühlen bekommen, andre wieder um so mehr. Es kommt hierbei darauf an, welche der besteuerten Artikel in den einzelnen Familien verbraucht werden und in welcher Masse man sie dort verbraucht. So zum Beispiel wird in Ostfriesland viel Tee getrunken; allein auf diesen Teeverbrauch entfällt für einen ostfriesischen Familienhaushalt

im Jahre eine Mehrausgabe von 25 Mark. In Bayern wieder herrscht ein sehr starker Bedarf an Bier, in den ostelbischen Provinzen, besonders auf dem Lande, wird viel Branntwein verzehrt. Und so weiter.

Wenn man nun jene Berechnung aufgestellt hat, so ist darin natürlich nicht bloß die nackte Steuer berücksichtigt, sondern auch noch ein Sonderzuschlag zu dieser Steuer, ein Sonderzuschlag, den die Fabrikanten und die Händler für ihren Teil erheben. Dieser Sonderzuschlag, dessen Berechtigung man damit zu begründen sucht, daß man sagt, man müsse auch die Verteuerung der eigenen Betriebs- und Haushaltungskosten um etwas weit machen, scheint uns aber noch viel zu niedrig in Ansatz gebracht zu sein. Ein Beispiel wird das gleich zeigen: Die Biersteuer soll dem Reiche 100 Millionen Mark bringen. Kürzlich hat nun aber in Berlin eine Konferenz von Vertretern der Bierbrauerei- und der Gastwirte-Verbände stattgefunden, und diese faßte Beschlüsse, die, wenn sie durchgeführt werden, das Bier fünf- bis siebenfach höher belasten als die Steuer das bedingt. Statt 100 will man 500 bis 700 Millionen Mark herauschlagen und also den Taschen der Verbraucher entziehen, den Geldbeuteln der Bierfabrikanten und der Bierhändler zuführen! Wenn eine so hohe Verteuerung die Biertrinker sich auch nicht werden bieten lassen, so werden sie trotzdem einen sehr erheblichen Teil davon wohl oder übel mit in den Kauf nehmen müssen; wo das nicht auf dem ersten Ruck geschieht, da kommt's nach und nach.

Ähnliche Schröpfungen werden aber auch aus den übrigen Verbrauchsartikeln zu erwarten sein. Fabrikanten und Händler haben von den von ihnen angefertigten und vertriebenen Artikeln noch niemals selbst einen Teil der auf diese Artikel gelegten indirekten Steuern übernommen, sondern diese stets auf die Verbraucher abgewälzt und sich bei dieser Gelegenheit zugleich noch einen Extraprofit gesichert. Dieses Mal ist in der Hinsicht eine ganz besonders umfangreiche Plünderung zu befürchten bezw. zu erwarten. Denn man wird da jede Preiserhöhung dem Käufer einfach als auf das Konto der neuen Steuern fallend vorspiegeln.

Wir stehen heute vor diesen Tatsachen, und wir müssen uns fragen: Können wir uns in etwas vor dieser Ausplünderung schützen und mit welchen Mitteln können wir das?

Das am nächsten liegende Mittel lautet: Man schränke den Verbrauch ein. Gewiß, das wäre vielleicht das „radikalste“, wenn auch

das verderblichste Mittel; denn soweit wirkliche Nahrungs- und andre Lebensunterhaltsmittel in Frage kommen, hätte diese Verbrauchseinschränkung im allgemeinen einen Kulturrückschritt im Gefolge, und der Einzelne würde damit seine Gesundheit untergraben und sein Leben verkürzen. Und doch werden viele, sehr, sehr viele Arbeiter und deren Familien durch die Not gezwungen werden, zu diesem kultur- und menschenmordenden Mittel zu greifen, weil ihr miserables Lohnneinkommen und die periodenweise Arbeitslosigkeit sie dazu einfach zwingt. Zwingt, wenn die Arbeiterklasse nicht versteht, sich die Macht und Kraft zu verschaffen, ihr Lohnneinkommen zu erhöhen. Daß Lohnneinkommen erhöhen!, ist also die erste Forderung, die sich uns angesichts jener Steuer- ausplünderung aufdrängt. Und als Voraussetzung dazu: Die Stärkung der Gewerkschaften!, damit diese durch energische und zähe Kämpfe dem Unternehmertum die höheren Löhne abtrotzen, dem Kapitalgewinn (den vom Kapitalismus angehäuftes Mehrwert) diese entziehen können!

Das zweite Mittel heißt: Die Genossenschaftsbewegung stärken! Jeder Kollege, jeder Arbeiter (auch der noch ledige) sollte Mitglied eines Konsumvereins werden! Wir zitieren hier mit voller Zustimmung, was in der Beziehung das „Konsumgenossenschaftliche Volksblatt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine“ schreibt:

Auch der Konsumverein muß natürlich bei seiner Preisfestsetzung die neuen Steuern berücksichtigen. Aber er macht es nicht wie die Zwischenhändler, die eine Steuererhöhung um 2 1/2 Proz. benutzen, um 8 Proz. aufzuschlagen und sich einen Extragewinn zu verschaffen. Die Konsumgenossenschaften werden ihre Preiserhöhungen in den Grenzen halten, die unerlässlich sind. Das ist das eine. Und das andre, noch wichtiger ist, daß die Organisation der Konsumenten, wenn sie stark genug ist, ihren Mitgliedern einen Teil des Gewinnes zugute kommen lassen kann, den die Zwischenhändler auch dann nehmen, wenn sie sich bei den Preiserhöhungen genau an die Steuererhöhungen halten würden. Allerdings setzt das voraus, daß die Konsumenten in achtunggebender Stärke organisiert sind. Jedenfalls tritt aber infolge der neuen Steuern an alle Familien, die nicht über sehr große Einnahmen verfügen, gebieterisch die Frage heran, wie sie die Kaufkraft ihres Einkommens erhöhen können. Und da ist als vornehmstes und wirkungsvollstes Mittel die Teilnahme an der Konsumgenossenschaft zu nennen! Nie läßt sich schlagender die Notwendigkeit der Organisation für die Konsumenten dartun, als in Perioden wie in der jetzigen, in der alle Hausfrauen mit sorgender Stirne eine Antwort auf die Frage suchen: wie komme ich mit meinem Hausdandgelde bei diesen höheren Warenpreisen aus? Mitglieder und Verwaltungen der Konsumvereine sollten daher jetzt miteinander wetteifern, um Mitglieder zu werben.“

Wir fügen hinzu: die Organe der Gewerkschaften und deren Mitglieder sollen das gleiche tun! Sie sollen für die Konsumvereine eben so unentwegt agitieren, wie sie es für ihre Gewerkschaft tun, und vor allem soll jeder Gewerkschafter erst selbst einmal Konsumvereinsmitglied werden!

Und ein drittes Mittel, wie heißt das? Es heißt: Die Köpfe politisch erleuchten und sich politisch organisieren! Bei den Massen, bei jedem Einzelnen die Erkenntnis wecken, daß die fortgesetzte Volksauswucherung nicht allein in ihren Folgen, sondern vor allem auch an ihrer Wurzel bekämpft werden muß. Diese Wurzel aber ist die Herrschaft der Ausbeuterklasse im Staate. Es gilt, die Erkenntnis wachzurufen, daß diese Herrschaft der Wenigen gestürzt und an ihre Stelle eine solche gesetzt werden muß, deren oberstes Gesetz die Förderung der allgemeinen Volkswohlfahrt ist. Es gilt, die Köpfe zu klären, daß sie unterscheiden lernen, sicher und bestimmt, welche politischen Parteien es sind, die der Arbeiterklasse und den nicht viel besser, manchmal sogar noch schlechter gestellten sogenannten bürgerlichen und bäuerlichen Mittelschichten das Fell über die Ohren ziehen. Und auf der andern Seite, welche politische Partei in Wirklichkeit ihre wirtschaftlichen und sozialen Interessen fördert! Damit ein Jeder auch zu jeder Zeit politisch seinen Mann stehe; zu jeder Zeit und an jeder Stelle: in Gemeinde, in Staat und in Reich; bei Wahlen und in der politischen Organisation!

Das ist die zur Erlösung führende wirtschaftlich-soziale Dreiheit: gewerkschaftliche, genossenschaftliche und politische Organisation! Jeder Arbeiter, jeder Kollege leihe dieser Dreiheit seine Kräfte, und er werde nicht müde, für diese Dreiheit zu werben! Damit können wir zunächst schon gar manches von der über uns verhängten Ausplünderung abwehren, manches wieder wettmachen. Und für künftighin schaffen wir damit die wirksamste Vorsorge, daß ähnliche Raubzüge uns nicht mehr überfallen können. Wenn wir alle den Willen haben und gewerkschaftlich, genossenschaftlich und politisch eine mächtig geschlossene Phalanx bilden, verlaßt Euch darauf: Dann war es der letzte große Raub- und Plünderzug, den Junker- und Kapitalistenklasse mit Unterstützung des volksverräterischen Zentrums auf die Taschen der Besitzlosen ausführen konnten!

„Ihr habt die Macht in Händen,  
Wenn ihr nur einig seid;  
Drum haltet fest zusammen,  
Dann seid ihr bald befreit!“

### Reichs-Finanzreform-Merktafeln.

Das „Berliner Tageblatt“ läßt durch fachmännische Beurteiler die **Preissteigerungen infolge der „Reichsfinanzreform“** berechnen. Wir geben aus diesen Schätzungen die folgenden Einzelheiten wieder:

#### I. Zigarren.

Eine bisherige 5 Pfg.-Zigarre wird 6 Pfg. kosten	
„ „ 6 „ „ „ 7 „ „	
„ „ 7 „ „ „ 8 „ „	
„ „ 10 „ „ „ 12 „ „	

#### II. Zündhölzer.

Die Steuer beträgt für 1000 Pack 150 Mark; das macht für das Pack den verhältnismäßig ungeheuren Satz von 15 Pfg. Bisher kostete ein Pack Streichhölzer 8 und 10 Pfg.; künftighin wird das Paket 25 bis 30 Pfg. kosten.

### III. Kaffee und Tee.

Kaffee, 1,— Mk. pro 1/2 Kilo kostete, 1,10 Mk.	wird kosten
„ 1,10 „ „ 1/2 „ „ 1,25 „	
„ 1,20 „ „ 1/2 „ „ 1,35 „	
„ 1,30 „ „ 1/2 „ „ 1,45 „	

„Beim Tee wird, da der Zoll für einen Doppelzentner um 75 Mk. höher ist als der bisherige Zoll, eine Erhöhung von 40 Pfg. pro 1/2 Kilo eintreten. Die billigste brauchbare Teesorte, die bisher 1,60 Mk. kostete, wird von nun ab 2 Mk. kosten.“

### IV. Spirituosen.

Anfangs der neunziger Jahre kosteten 100 Liter Spiritus zu 100 Proz. 28 Mk. Seit 1900, dem Gründungsjahre der Spirituszentrale, hat der Preis um 40 Mk. herum geschwankt. Auf den Herstellungspreis von nur 24 Mk. kommt der ungeheure Steuersatz von 125 Mk. Die Preise für Liköre werden sich etwa um 35 bis 40 Proz. erhöhen. Die Erhöhung der Preise entsteht durch die erhöhte Steuer und den erhöhten Nutzen sowohl des Destillateurs wie auch des Wiederverkäufers.	wird kosten
Kognak, der 1,25 Mk. kostete, 1,75 Mk.	
„ 1,50 „ „ 2,— „	
„ 2,— „ „ 2,50 bis 2,75 „	
„ 3,— „ „ 4,— „	

„Die Preissteigerung wird durchschnittl. 33 1/3 Proz. betragen. Die echten französischen Kognaks werden im Preise etwa nur 1 Mk. pro Fl. steigen.“

### V. Beleuchtungskörper.

Die Höhe der Steuer beträgt:	
A. Für elektrische Glühlampen und Brenner:	
a) Kohlenfadenlampen	
1. bis zu 15 Watt	5 Pfg. für das Stück
2. von über 15 bis 25 Watt	10 „ „ „ „
3. „ 25 „ 60	20 „ „ „ „
4. „ 60 „ 100	30 „ „ „ „
5. „ 100 „ 200	50 „ „ „ „
b) Metallfadenlampen, Nernstlampenbrenner und andre Glühlampen	
1. bis zu 15 Watt	10 Pfg. für das Stück
2. von über 15 bis 25 Watt	20 „ „ „ „
3. „ 25 „ 60	40 „ „ „ „
4. „ 60 „ 100	60 „ „ „ „
5. „ 100 „ 200	1 Mk. „ „ „ „
B. Für Glühkörper zu Gasglühlicht und ähnlichen Lampen 10 Pfennig für das Stück.	
C. Für Brennstifte zu elektrischen Bogenlampen:	
1. Aus Reinkohle 60 Pfg. für das Kilogramm.	
2. Aus Kohle mit Leuchtzusätzen und für alle übrigen Brennstifte 1 Mk. für das Kilogramm.	

Das Publikum wird vom 1. Oktober für eine Kohlenfadenlampe bis zu 15 Watt, für die es bisher 1,75 Mk. bezahlt hat, 1,80 Mk. entrichten müssen. Der Preis für eine Metallfadenlampe, die bisher 2 Mk. bei 15 Watt gekostet hat, wird sich auf 2,10 Mk. erhöhen. Ein Glühstrumpf, der früher 25 Pfg. gekostet hat, wird nach Inkrafttreten der Steuer mit 35 Pfg. bezahlt werden müssen.

Unsre Leser sollten sich die vorstehenden Aufzeichnungen aufbewahren, damit sie dieselben stets zur Hand haben, wenn ihnen in den nächsten Wochen die Wirkungen der neuen Steuern fühlbar werden.

### Die augenblickliche politische Lage

kennzeichnet treffend der von dem Parteivorstand und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion kürzlich veröffentlichte Aufruf, den wir für unsre Pflicht halten im nachstehenden unsern Kollegen bekanntzugeben. Er lautet:

Parteiengenossen! Nach einer Session erbitterter Kämpfe und volksfeindlicher Beschlüsse ist der Reichstag am 13. Juli 1909 geschlossen worden, im Augenblick, wo der gigantische Raubzug auf die Taschen des Volkes vollendet und grade zu einer Zeit, wo die Verwirrung auf dem Gebiete der inneren Politik des Reiches ihren Höhepunkt erreicht hatte. Der schmähliche Zusammenbruch der konservativ-liberalen „Blockpolitik“ führte den Sturz des Reichskanzlers herbei, dessen Nachfolger noch unbekannt war, als man die Volksvertretung nachhause schickte. Wie wenn die Auswahl und Ernennung des einzigen nach der Reichsverfassung verantwortlichen Beamten den Reichstag und das ganze Volk eigentlich nichts angehe, so entfernte man die lästigen Zuschauer bei diesem Spiel.

Der Absolutismus trumpft wieder auf, und dieser Schluß des Reichstages vor dem Kanzlerwechsel ist

die Antwort auf die Novembertage des Jahres 1908, wo unter dem beängstigenden Drucke drohender auswärtiger Verwicklungen auch die bürgerlichen Parteien des Reichstages den Mut zu einer Demonstration gegen die selbstherrlichen Manieren Wilhelms II. aufgebracht hatten.

Fruchtlos blieb der Appell der Sozialdemokratie an die Volksvertretung, sich durch sofortiges kraftvolles Eingreifen die Machtbefugnisse zu sichern, die den Gefahren des halbabsolutistischen Regierungssystems ein Ende hätten bereiten können. Nicht einmal der Vorschlag, die Beratung der Finanzreform erst vorzunehmen, nachdem ernsthaft konstitutionelle Garantien von der Regierung zugestanden waren, fand bei den bürgerlichen Parteien Gehör: selbst liberalen Abgeordneten erschien das als „Erpresserpolitik“!

Parteiengenossen! Die Geschichte weiß kein Beispiel zu nennen, daß einem schon mit 1200 Millionen Mark indirekter Steuern jährlich belasteten Volke mit einem Schlage 400 Millionen Mark neuer Steuern derselben Art aufgezungen wurden. Mehr als 30 Mark jährlich beträgt durchschnittlich die Mehrbelastung für eine einzige Arbeiterfamilie. Und das in einer Zeit wahrhaft verbrecherischer Steigerung aller Lebensmittelpreise! In einer Zeit enormer Arbeitslosigkeit! Und wofür diese neue Belastung? Woher die „Finanznot“ des Reiches? Das uferlose Wettrüsten, insbesondere die fieberhafte Betreibung des Flottenbaues, die unklare und gefährliche Weltmachtpolitik haben die Reichsfinanzen zerrüttet und in der zwanzigjährigen Regierungszeit Wilhelms II. die Verschuldung des Reiches auf 4500 Millionen Mark emporgetrieben. Militarismus, Marinismus und koloniale Abenteuer zerfressen das Mark des Volkes.

Niemand kann bestreiten, daß sich Deutschland, wie die andern Länder, an diesem unsinnigen Wettrennen verbluten muß, wenn ihm nicht Einhalt geboten wird. Aber für eine Einschränkung der Rüstungen auf Grund internationaler Verständigung zur Sicherung des Weltfriedens waren weder die Reichsregierung noch die bürgerlichen Parteien zu gewinnen, gemeinsam wiesen sie alle darauf hinzielenden Anträge und Anregungen der Sozialdemokratie ab. Und doch reichen auch die neuen Mittel zur Sättigung des Molochs nicht aus. Heute 500 Millionen Mark neuer Steuern — und in wenigen Jahren wieder eine gleiche Schröpfung!

Nicht nur die Höhe der neuen Belastung, sondern vor allem auch die Lastenverteilung und die Durchführung des Raubzuges müssen die Empörung des Volkes anregen.

„400 Millionen indirekte Steuern — 100 Millionen Besitzsteuern“ — das war das Programm, mit dem der Blockkanzler und sein Gehilfe Sydow vor das Parlament traten. Und diesem Programm beispielloser Ungerechtigkeit stimmten in seinen Grundzügen zunächst alle bürgerlichen Parteien zu; nur die Sozialdemokratie kennzeichnete es von Anfang an als das, was es war:

#### eine schamlose Plünderung der Massen!

Erst allmählich, als die Junker immer unverhohlener ihre Abneigung gegen die Erbschaftsbesteuerung aus Furcht vor der Aufdeckung jahrzehntelangen Steuerschwindels kundtaten; als sie immer lauter den Grundsatz verkündeten, der aus allgemeinem Wahlrecht hervorgehende Reichstag dürfe und solle kein Verfügungsrecht über den Geldsack der Reichen durch eine direkte Besitzsteuer gewinnen; als sie endlich sich anschieken, auch die Gelegenheit dieser Finanzreform nicht vorübergehen zu lassen, ohne sich durch Liebesgaben Millionen-gewinne in die eigenen Taschen zu teilen, da wurde der Zusammenhalt des Blocks brüchig. Die Konservativen trieben den Konflikt entschlossen auf die Spitze, weil sie mit dem Block die Regierung stürzen wollten, die gewagt hatte, auch nur die Möglichkeit der Reform des preussischen Wahlrechts in der Thronrede anzudeuten.

Das Zentrum nützte die langersehnte Gelegenheit aus, um als Partner des Junkertums wieder an der Herrschaft teilzunehmen. Im Bunde mit Junkern, Polen und Antisemiten zertrümmerte es die Geschäftsordnung des Reichstags und verstrickte sich immer tiefer in eine volksverräterische Politik.

Was das Steuerprogramm der Regierung schon durchaus volksfeindlich, das Steuerbukett der Reaktionäre ist ein Verbrechen am Volke.

Der letzte Rest einer allgemeinen Besitzsteuer, die doch die Regierung in endlosen Wiederholungen als unerläßliche Vorbedingung für ihre Zustimmung erklärt hatte, ist aus ihm ausgetilgt, 500 Millionen sind in Form von Verzehr- und Verkehrssteuern über das Volk verhängt worden. Bier, Tabak, Branntwein, Kaffee, Tee, Zündhölzer und Beleuchtungskörper sollen 310 Millionen Mark bringen, mit 112 Millionen wird der Verkehr schikanös belastet, die unsinnige Fahrkartensteuer bleibt bestehen, die

Zuckersteuer wird nicht ermäßigt. Dabei aber werden die Schnapsliebhaber der Fuseljunker verewigt; 45 Millionen Mark wandern dadurch jährlich in die Taschen einer Handvoll gerissener Beutepolitiker.

Die Entscheidung über die Gestaltung der sogenannten „Finanzreform“ fiel schon in der zweiten Lesung. Mit knapper Mehrheit brachten Konservative, Zentrum und Polen, unterstützt durch einige Freikonservative, Antisemiten und Versprengte aus der nationalliberalen Partei, die zu einer Erbanfallsteuer von der Regierung selbst abgeschwächte Erbschaftsteuer zu Fall. Für die Erbschaftsteuer hat auch die Sozialdemokratie gestimmt, um ihr grundsätzliches Eintreten für direkte Steuern auch bei dieser Gelegenheit zu betonen; ihre endgültige Stellungnahme in dritter Lesung wäre selbstverständlich von der allgemeinen Gestaltung der politischen Lage abhängig gewesen; aber zu einer solchen Entscheidung kam es nicht mehr, da mit der Ablehnung in der zweiten Lesung die Erbschaftsteuer aus den Verhandlungen völlig ausgeschaltet war.

Ohne Rücksicht auf das Schicksal Zehntausender von Arbeitern, die durch diese Gesetze brotlos gemacht werden, unbeirrt durch die jammervolle Not des Volkes, unbesorgt um die schweren Schädigungen von Handel und Wandel, setzten die Junker und die Pfaffen ihren Willen durch: mit harter Faust zwangen sie die Regierungen nieder, deren Vertreter sich bei der nach Form und Inhalt verwerflichen Gesetzesfabrikation der letzten Wochen bis zur

**persönlichen Würdelosigkeit** vor den neuen Herren demütigten.

Die Frauen des Volkes leiden in erster Linie unter der beispiellosen Erschwerung der Lebenshaltung des Proletariats infolge der neuen Steuergesetze; sie sehen ihre Lieben darben, ihre Kinder verkommen; sie können der Not nicht ausweichen. Sie müssen erkennen lernen, daß nur die Erweckung des Volkes, der gemeinsame politische und gewerkschaftliche Kampf von Mann und Weib gegen Ausbeutung und Unterdrückung eine Wandlung herbeiführen kann.

Die Furcht vor dem Zorn des Volkes hat die Regierung von dem

**Appell an die Wähler** abgehalten. Aber

**aufgeschoben ist nicht aufgehoben!** Wenn heute die Regierung und die neue Mehrheit auf die Geduld und Vergeßlichkeit der Massen spekulieren, dann wird der Tag der nächsten Wahl ihnen zeigen, daß sie falsch gerechnet haben. Nur um so gewaltiger wird die zurückgedrängte Energie des Massenwillens sich in dem Entschlusse Luft machen

**aufzuräumen mit den Volksverrättern und Volkserztretern!**  
Nicht zur Verteidigung,  
zum Angriff

rufen wir das Volk der Arbeit auf: die politische Erregung, die jetzt durch das ganze Volk zittert, muß geschürt, die Glut der Entrüstung zur hellen Flamme entfacht werden.

Vorwärts zu weiterem Kampf für Wohlfahrt und Freiheit des Volkes; für die Befreiung des Proletariats! Gegen die Brotwucherer und Schnapsstipendiaten, gegen die Finsterlinge und Volksverräter!

Zu Hunderttausenden müssen die Streiter herbeiströmen und Schulter an Schulter mit uns kämpfen!

Nieder mit den Volksbedrückern und Freiheitsfeinden! Nieder mit dem völkerzerfleischenden Militarismus!

**Hoch die internationale Sozialdemokratie!**  
Berlin, 17. Juli 1909.

Der Parteivorstand.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion.

## Die „isolierten“ Hamburger.

In No. 31 unsrer Zeitung, Seite 244, stellt der Kollege Klus-Hamburg folgende Behauptungen auf:

„Sobald eine Generalversammlung in Sicht ist und Hamburg hierzu Anträge stellt, wird immer versucht, die Hamburger Anträge als unannehmbar, als schädlich hinzustellen. Es wird versucht, die Delegierten mit Mißtrauen zu erfüllen gegen Hamburg, die Hamburger treiben immer Opposition, immer protestieren sie! Diese Taktik ist sehr durchsichtig! Die Hamburger Delegierten sollen isoliert sein. So wurde es 1905 gemacht, so war es beliebt 1907 und so soll es, wie es scheint, diesmal wieder sein.“

Ich will dies Verfahren einmal niedriger hängen. —

Das ist starker Tabak! Als direkt an der Sache beteiligt stelle ich hier fest, daß im Jahre 1905 von der Vereinsleitung kein Mensch daran gedacht hat, die Hamburger Kollegen isolieren zu wollen. Es

lag dafür nicht der geringste Grund vor. Die Diskussion vor der Hamburger Generalversammlung war sehr ruhig; die Hamburger selbst verfolgten die nicht ungeschickte Taktik, in der Öffentlichkeit so gut wie nichts zu sagen, um nachher in der Generalversammlung eine demagogische Beamtenhetze zu schüren, die am letzten Verhandlungstage bis Mitternacht dauerte. Selbst dagegen wehrte sich die Vereinsleitung nicht; auch die Beamten ließen, bis auf Kollegen Schmidt in einer persönlichen Sache, die Gottesstimme unerwidert. Von einem Versuch, die Hamburger Kollegen zu isolieren, war also nicht die Spur, nicht der Schatten eines Verdachts!

Im Jahre 1907 war ich nicht mehr Angestellter unsres Vereins, wohl aber Hauptvorstandsmitglied. Ich habe nicht den geringsten Wunsch der beiden verantwortlichen Vorstandsbeamten vernommen, eine Isolierungsaktion gegen die Hamburger einzuleiten. Es wäre das auch ganz und gar sinnlos gewesen, weil zu der Dresdner Generalversammlung aufregende Vorkommnisse fehlten. Über allen Gipfeln lag harmonische Ruhe. So dumme sind wirklich nicht die beiden angestellten Vorstandsmitglieder, daß sie Zank und Streit in die Organisation hineintragen, wovon ihnen persönlich doch nur zu der schon reichlich vorhandenen noch neue Arbeit und neuer Ärger erwachsen müßte.

Dies zwei Feststellungen.

Über die Vorgänge zu der diesjährigen Generalversammlung erörtere ich, jetzt viel zu reden. Klus hat ebensowenig wie 1905/07 auch in diesem Jahre etwas, das „niedriger gehängt“ werden kann. Es sei denn die Kampfesweise einiger Hamburger Kollegen, die sich über ihre Verpflichtungen gegenüber der gemeinsamen Organisation täuschen. Nicht dazu haben wir uns die Organisation geschaffen, um einzelnen zu grundsätzlicher Opposition neigenden Kollegen einen Tummelplatz ihrer Weltweisheit zu bieten. Sie wurde vielmehr, soweit ich mich erinnern kann, geschaffen zur festen Rückendeckung der wirtschaftlich Schwachen in unserm Beruf, zum Schutze der arbeitnehmenden Gärtnerschaft. Und nicht klein sind ihre Leistungen in verhältnismäßig kurzer Zeit.

Wenn wir aber diese Leistungen nach rückwärts revidieren wollen, wenn wir anstelle einer leistungsfähigen und arbeitsfreudigen Organisation eine diskutierende Sekte setzen wollen, dann allerdings empfiehlt es sich, so weiter in den Wollstrümpfen darauf loszugehen, wie es die Hamburger tun.

Hamburg ist nun einmal nicht ganz Deutschland. Das müssen die Hamburger auch bedenken. Kein Mensch stellt ihre gute Arbeit zur Stärkung ihrer lokalen Organisation in Frage. Wenn irgend jemand sich über ihre Fortschritte gefreut hat, dann sicherlich ich. Sind es doch die Früchte der jugendlichen Opferfreudigkeit und emsigen Aufklärungsarbeit, an der auch ich persönlich in früherer Zeit auf Hamburger Boden ein wenig beteiligt war.

Aber diese Arbeit, die in Hamburg vor zehn und weit mehr Jahren schon geleistet wurde, folgt jetzt in andern Städten, in andern Gegenden des Reiches. So wie es in Hamburg vor zehn Jahren aussah, so und noch viel schlimmer sieht es heute an manchen Orten draußen im Reiche aus. Darüber dürfen wir nicht nur, sondern müssen wir im Vorstande uns ein Urteil bilden.

Der Verfolgungswahn des Kollegen Klus ist daher höchst unangebracht. Nicht wir im Vorstande sind es, die die Hamburger Kollegen isolieren oder zu isolieren beabsichtigen. Dies besorgen sie durch ihre Kampfesweise innerhalb der Organisation selbst so ausgezeichnet, daß es nur des Hinweises auf einen Teil der literarischen Leistungen Hamburger Kollegen bedarf, um ihre isolierte Stellung zu kennzeichnen. Die Kollegen draußen im Lande, denen die Agitation etwas mühsamer wird als in Hamburg, denken über die Opposition anders als Klus und seine Hamburger Freunde. Einzelnen dieser Opponenten wäre es sehr zu raten, ihre Stimmen ein wenig zu schonen. Sie befinden sich innerhalb unsrer Bewegung erst im Stimmbruchalter. Sie sollten sich lieber auf die Hosen setzen und aus der Geschichte der Gärtnerbewegung lernen, das wäre für sie und die Organisation sehr nützlich. Wahrscheinlich würden sie nachher manche wichtige Frage anders beurteilen.

Wie unberechtigt und vereinschädlich die Hamburger Opposition ist, deckt Klus selbst vorzüglich auf. „Die Anregungen von Hamburg in bezug auf Taktik und andre Sachen werden vom Hauptvorstand ja meistens abgelehnt, um nach einiger Zeit trotzdem vom Hauptvorstande durchgeführt zu werden,“ schreibt Klus, und dann muß es ja wohl so sein. Aber ist das nicht der beste Beweis für das Bestreben des Hauptvorstandes, alle irgendwie brauchbaren Anregungen aus den Kollegenkreisen, selbst aus Hamburg, zu prüfen und zu berücksichtigen.

Wenn er sie nicht gleich ausführen kann, muß er sie eben zunächst ablehnen. Aber er legt sie deshalb noch nicht zu den Antiquitäten, sondern behält sie für spätere Zeit im Auge, wenn ihm die Ausführung möglich und nützlich erscheint. Jetzt muß diese zweifellos anerkanntswerte, wenn auch für den Vorstand selbstverständliche Haltung höhnischen Angriffen aus Hamburg ausgesetzt werden.

Wer demgegenüber nicht an die Organisationsliebe und Loyalität der Hamburger Opposition glaubt, dem ist nicht zu helfen.

Berlin, 31. Juli.

Wilhelm Jansson.

## Organisation, Beitrag, Unterstützung.

I.

In nachfolgendem sei es einem alten Mitgliede, das schon die ganzen Wandlungen der Gärtnergehilfenvereine, vom alten Verbands bis zur heutigen Organisation in den Reihen derselben mitgekämpft hat, vergönnt, noch im letzten Augenblick vor der diesmaligen Generalversammlung seine Meinung, betreffs Beitrag und Unterstützung, zu äußern.

In erster Linie kann ich einer allgemeinen Erhöhung des jetzigen Grundbeitrags nicht zustimmen, ich würde mich vielmehr dem Antrage anschließen, der für Gutsgärtner in den östlichen Provinzen den 30 Pfg.-Beitrag befürwortet. Als alter Herrschaftsgärtner hatte ich Gelegenheit, das Leben dieser Kollegen auf den Gütern kennen zu lernen. Auf den allermeisten Gütern in den östlichen Provinzen wird doch heute noch, wie vor zehn Jahren, neben geringem Barlohn, Deputat gezahlt; selbst, wenn der betreffende Kollege dies in bar umsetzt, ist das ganze Gehalt meist so bemessen, daß es die Summe von 600 bis 800 Mk. nicht übersteigt, dazu vierteljährliche Lohnzahlung. Ist der Kollege noch in einer Lebensversicherung, was wohl vielfach der Fall ist, so bezahlt er die Krankenkasse mit monatlich Mk. 2,10 = Mk. 6,30 vierteljährlich, hält vielleicht noch eine Lokal- oder Fachzeitung; dann den jetzigen Wochenbeitrag von 35 Pfg. = Mk. 4,75 vierteljährlich. Da möchte ich doch fragen, wenn der betreffende Kollege noch zwei bis drei Kinder hat (mehr dürfen es ja gewöhnlich nicht sein), ob er diesen Beitrag nicht schon als ein schweres Opfer, das er sich und seiner Familie auferlegt, empfindet. Ich glaube, hier im Sinne vieler dieser Kollegen zu schreiben, wenn ich für Gutsgärtner den 30 Pfg.-Wochenbeitrag befürworte.

Im übrigen würde ich mich den Vorschlägen des Kollegen Paul Kühn-Hannover (in Nummer 31 unsrer Zeitung) anschließen, worin die Beiträge nach den Wochenlöhnen gestaffelt würden. Zum Schluß will ich noch bemerken, daß Kollege Busch-Hamburg (mit seinen Ausführungen in unsrer Zeitung No. 26, Artikel: Zum Ausbau unsrer Beitrag- und Unterstützungswesens) im Sinne der allermeisten Kollegen, sowohl der in Gutsstellen als auch derjenigen der meisten andern Branchen, das Richtige mit seinen Ausführungen getroffen hat. Ich für meine Person kann Kollegen Busch nur beipflichten, wenn bei den Unterstützungen in den ersten Jahren der Mitgliedschaft niedrigere, später höhere Summen, bei entsprechend kürzerer und längerer Bezugszeit, gewährt werden. Die Höhe der Unterstützung mag sich nach dem entsprechenden Beitrag richten.

Nun möchte ich noch einen sehr wunden Punkt unsrer Organisation berühren, nämlich den Stellennachweis. Es ist unbedingt wichtig, daß diese Einrichtung mehr gefördert und ausgebaut wird. Die Unzulänglichkeit habe ich in allerjüngster Zeit an mir selbst bitter erfahren müssen, und wie mir, wird es auch wohl vielen andern Kollegen schon ergangen sein. (War es doch nicht möglich, daß ich durch unsern Nachweis Stellung erhielt, mußte vielmehr einem Stellenvermittler noch viel Geld für miserable Gutsstellen opfern. Dies jedoch nur nebenbei als Beispiel.) Hier möchte ich bemerken, daß ein guter Stellennachweis, wie ja auch Kollege Busch sehr richtig bemerkt, das allerbeste Agitationsmittel, grade für ältere Kollegen und nicht zuletzt auch für Gutsgärtner, wäre. Die Generalversammlung möge diesen Punkt der Organisation genügend berücksichtigen, und wünsche ich im übrigen, daß auf der diesmaligen Generalversammlung Beschlüsse gefaßt werden, die allen Kollegen dauernden Nutzen gewähren.

Ernst Jamrath, Herrschaftsgärtner, Liegnitz.

II.

Als langjähriges Mitglied und als Privatgärtner gestatte ich mir noch einige kurze Ausführungen zu unsrer bevorstehenden Generalversammlung. Die

Ausführungen der einzelnen Kollegen in unsrer Zeitung lassen darauf schließen, daß es in Berlin zu heftigen Auseinandersetzungen kommen dürfte, und dies erfüllt die älteren Kollegen mit bangen Gefühlen. Drei Punkte sind es, die die Mitglieder unsrer Organisation in Atem halten:

1. Die Beitragsfrage. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß eine allgemeine Beitragserhöhung nicht gut durchführbar ist und sein wird. Erstens sind die Löhne der Gärtner, mit Ausnahme einzelner Städte, so miserabel, die Arbeitsbelegenheit so unsicher, daß es als großes Wagnis erscheint, den Grundbeitrag im allgemeinen zu erhöhen. Zweitens werden in den größeren Städten so schon teilweise 45 bis 50 Pfg. pro Woche bezahlt; für diese Orte würde es abermals eine Beitragserhöhung erfordern, um auch eine gut fundierte Lokalkasse zu haben. Zustimmung würde ich, den Grundbeitrag auf 30, 35 und 40 Pfg. festzusetzen, die Klasse mit 45 Pfg. aber ganz zu streichen.

Die zweite Frage ist das Unterstützungs-wesen, das unbedingt einer Neuordnung bedarf. Unsre Organisation hat in den letzten Jahren darin des Guten etwas zu viel getan. Der Beweis ist auch zur Genüge erbracht, daß die hohe Unterstützung nicht imstande ist, die Neueingetretenen an die Organisation zu fesseln. Also: mehr Aufklärung brauchen wir, den Kollegen muß gesagt werden, daß wir kein Samariterverband sind, sondern eine Kampfesorganisation. Die Unterstützungssätze in den ersten zwei Jahren müssen mindestens um 6 bis 8 Tage gekürzt werden, sodaß statt 28 nur 20 Tage zu zahlen sind. Die Geldunterstützung zu kürzen, würde ich nicht empfehlen, sondern ruhig auf eine Mark pro Tag belassen, dafür aber bei einer Mitgliedschaft von drei und mehr Jahren die Unterstützungssätze etwas hinaufzusetzen, vielleicht Mk 1,20 bis 1,30 pro Tag, auch hier soll, wie erst angeführt, die Dauer der Unterstützung gekürzt werden. Hier muß die Leistung und Gegenleistung übereinstimmen. Am liebsten würde ich vorschlagen, die Unterstützungszeit auf die Monate Dezember bis einschließlich März zu beschränken, um speziell dem Mißbrauch der Reiseunterstützung im Sommer zu steuern.

Die Einführung einer Kranken-Unterstützung bei Privat- und Stadtgärtnern ist jedenfalls nur zu begrüßen, um auch diesen Kollegen etwas zu bieten. Der dritte Punkt und jedenfalls der, der am meisten Staub aufwirbelt, ist zweifellos die Beamtenfrage. Daß im 5. Bezirk mit den zwei Beamten die Zustände auf die Dauer nicht haltbar sind, ist begreiflich, trotzdem beide Kollegen Arbeit vollauf haben. Nun wird jedenfalls das Verhältnis so geregelt werden können, daß ein Gauleiter vom 5. Bezirk in die Hauptverwaltung versetzt wird resp. an Kollegen Schmidt's Stellung gesetzt werden kann.

Um dem im 5. Bezirk verbleibenden Beamten die Arbeit zu erleichtern, kann jedenfalls auf diese Weise geholfen werden, daß den Beamten vom 2. und 3. Agitationsbezirk ein Teil vom 5. Bezirk zur Bearbeitung übertragen wird, währenddem, wie Kollege Kaiser vorschlägt, Württemberg und Elsaß-Lothringen sowie Bayern den 4. Agitationsbezirk zu bilden hat. Auch an Schlesien sollte in Zukunft mehr gedacht werden, dasselbe könnte wohl von Dresden aus am besten geschehen. Von der Bildung weiterer Agitationsbezirke möchte ich ganz entschieden abraten, denn Württemberg wird auf die Dauer sich nicht selbst halten können, weil hier die Großstädte fehlen. Durch Maßreglung des Bezirksführers wird der Bezirk führerlos und die Kasse belastet. Ein Schauer durchlief jeden bayrischen Kollegen, als er den Antrag Hamburg las, daß der Beamte im 4. Bezirk seines Postens entbunden werden soll. Daß mit dem Moment der Bekanntgabe die Gegensätze zwischen Nord und Süd, die in der letzten Zeit zur Zufriedenheit beigelegt wurden, wieder neu aufgerüttelt würden, kann man sich denken. Das beweisen auch die Protestversammlungen, die in letzter Zeit in Bayern abgehalten wurden. Soweit ich die bayrischen Verhältnisse kenne (und ich glaube Anspruch darauf erheben zu können), würde mit der Annahme dieses Antrages das Gegenteil von dem erreicht, was man wollte. Auf der einen Seite will man 1300 Mk. an Gehalt sparen, auf der andern Seite wird zweifellos eine Einbuße von mindestens ebensoviel an Ausfall von Beiträgen zu verzeichnen sein. Abgesehen von dem moralischen Schaden, den der A. D. G. V. durch ein Zurückgehen der Organisation in Bayern erleidet. Also heißt es jedenfalls sehr vorsichtig operieren, vorausgesetzt, man will die vielen Opfer der Gesamtorganisation und der Münchner Kollegen mit einem Schläge vernichten. Die Münchner Meister werden alles aufbieten, um den neuen Geschäftsführer im Nebenamt sofort brotlos zu machen, die Organisation wird durch den vielen Wechsel in der Geschäfts-

leitung (wenn sich überhaupt einer findet) derartig geschwächt, daß sie bedeutungslos wird. Ferner verträgt es sich auch nicht mit den Prinzipien einer modernen Organisation, einen Kollegen, der längere Zeit Angestellter der Organisation zur allseitigen Zufriedenheit war, einfach brotlos zu machen. Soweit ich die bayrischen Kollegen kenne, werden sie alles aufbieten, ihren jetzigen besoldeten Beamten zu erhalten.

Hoffen wir, die Generalversammlung möge im Interesse der Gesamtorganisation handeln und Beschlüsse fassen, die den verschiedenen Verhältnissen Rechnung tragen. Jedenfalls wird, sollte die Generalversammlung dem Hamburger Antrage stattgeben, das letzte Wort noch nicht gesprochen sein. Hier sollte alles vermieden werden, den Haß noch mehr zu schüren. A. K., Herrschaftsgärtner (Bayern).

### III.

Zum Kapitel „Beamtenfrage“ wird vonseiten der Hamburger Kollegen mit großem Eifer versucht, Stimmung zu machen zur Streichung eines Beamten im V. und IV. Bezirk. Einer Aufhebung des einen Beamtenpostens im V. Bezirk will ich hier nicht das Wort reden; es wird Aufgabe der Generalversammlung sein, den richtigen Weg zu finden zum Nutzen der Gesamtorganisation und speziell des V. Bezirks. Ich habe das Gefühl, daß die Gründe, die da zur Streichung geltend gemacht werden, etwas tiefer liegen. Daß es in diesem Bezirk Arbeit genug gibt, wird von jeder Seite zugegeben. Der Antrag der Hamburger, für die nächste Geschäftsperiode keinen Beamten mehr anzustellen, halte ich nicht für klug. Die Wirkungen der neuen Reichssteuern werden sich bei den Kollegen gar bald bemerkbar machen. Die Verteuerung der Lebensmittel hat zur Folge, daß auch der rückständigste Kollege zu denken anfängt. Es kann dann der Fall sehr leicht eintreten, daß das Bedürfnis nach einem Beamten in dem einen oder dem andern Bezirk vorhanden ist. Es wäre unklug, dem Hauptvorstande die Hände zu binden. Ich halte es aber für zweckdienlich, den Bezirksleitungen einen Einfluß in dieser Hinsicht einzuräumen.

Nun zum IV. Bezirk. Wie in Bayern die Verhältnisse so eigenartig gelagert sind, haben ja die Kollegen Neumeister und Großmann, München, dargelegt. Ich bin nun schon nahezu zehn Jahre in Bayern tätig, und glaube ich, auch ein Urteil abgeben zu können, welches dahin geht, daß ich Wort für Wort der beiden Kollegen unterstreiche. Wenn nun die Hamburger glauben, bloß in München wären die „Unbotmäßigen“, so sind sie auf dem Holzwege. Die gesamten bayrischen Kollegen schließen sich den Münchnern an. Auch für uns Nürnberger ist der Beamte eine Lebensfrage; der Einfluß, den derselbe bei uns ausübt, ist unverkennbar. Ich behaupte, die Fortschritte, die wir gemacht haben, haben wir zum größten Teil dem Beamten zu danken, und daß wir gute Fortschritte gemacht haben, ist leicht nachzuweisen. Wenn von seiten des Kollegen Klus den bayrischen Kollegen und speziell dem Kollegen Rolke der Vorwurf gemacht wird; sie hätten die Interessen der Gesamtorganisation außer Betracht gelassen, so weise ich diesen Vorwurf ganz entschieden zurück. Ich sage vielmehr, das tun die Hamburger; denn ich bin der Meinung, es sollte doch der Stärkere dem Schwächeren (im Interesse der Gesamtorganisation) helfen. Aber was tun hier die Hamburger Kollegen? Sie suchen die Entwicklung unsres Bezirks zu unterbinden. Freilich, reden ist sehr leicht. Während der Boden der Hamburger schon lange Jahre bearbeitet wird (und man muß anerkennen, mit großem Erfolg), sollten aber doch die dortigen Kollegen bedenken, daß die bayrische Organisation noch sehr jung ist. Man muß ja allerdings den Hamburgern mildernde Umstände zubilligen, denn sie kennen die eigenartigen Verhältnisse in Bayern nicht. So hoch ich die organisatorischen Talente der leitenden Kollegen in Hamburg einschätze, muß ich aber doch sagen: hier sind sie sehr kurzsichtig. Zum allermindesten hätten sie erst einmal abwarten müssen, wie sich die Entwicklung des IV. Bezirks vollzieht. Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß die Generalversammlung den Wünschen der bayrischen Kollegen gerecht wird.

A. Pawlitzki, Nürnberg.

### IV.

#### Persönliche Richtigstellung.

Der Kollege A. Gast-Chemnitz schreibt in seinem Artikel der letzten Nummer unter anderm folgendes: „Allerdings haben die Ausführungen des Kollegen Schäfer einen bitteren Beigeschmack, indem sie eine persönliche Spitze gegen den Kollegen Kaiser-Frankfurt enthalten.“

Dazu bemerke ich, daß mir jede persönliche Anrempelung des Kollegen Kaiser fernliegt. Ich

habe nur im allgemeinen, die meiner persönlichen Ansicht nach durch nichts gerechtfertigte Haltung des Bezirksausschusses verurteilt.

Diese Frage hat gar keinen Einfluß auf meine Stellung, welche ich gegen die Gewerkschaftsbeamten in ihrer Mehrheit einnehme.

Ich erkläre, daß ich mich voll und ganz in dieser Angelegenheit auf den Standpunkt der „L.V.“ stelle. Ch. Schäfer, Stuttgart.

### In eigener Sache.

Während der Zeit meines Erholungsurlaubes sind in unsrer Zeitung mehrere Artikel erschienen, die sich auch mit dem von mir verfaßten, in Nr. 28 enthaltenen Leitartikel („Zu den Generalversammlungsanträgen“) beschäftigten. Es liegt mir fern, noch im allgemeinen auf die den meinigen entgegengesetzten Darlegungen hier einzugehen; soweit erforderlich, wird das auf der Generalversammlung selbst geschehen können. Ich sehe mich aber genötigt, einige in diesen Artikeln mir persönlich gemachten Vorwürfe zurückzuweisen (persönlich, weil „die stets unpersönliche Redaktion“ und meine Person in den Fällen dasselbe sind).

Die Hamburger Kollegen fühlen sich (nach den Artikeln von den Kollegen Kummer, Klus, Baur und Busch) arg verschnupft und regen sich teilweise mächtig darüber auf, daß ich u. a. auch folgendes geschrieben habe: „Hamburg hat da mit seinen Anträgen (zur Aufbesserung der Finanzen in der Hauptkasse) ein Verfahren vorgeschlagen, das uns einigermaßen befremdet, als grade die Hamburger Bewegung sonst von großzügigeren Gesichtspunkten aus geleitet worden ist.“ Ferner: „Den gleichen kleinlichen Zug finden wir darin, daß beantragt wird, keinesfalls über einen Grundbeitrag von 35 Pfg. hinauszugehen.“ — Diese von mir rein sachlich ausgesprochene Beurteilung kreidet man mir als eine Art Staatsverbrechen an. Warum denn? Habe denn nicht ich auch das Recht, meine Meinung über die zur Besprechung stehenden strittigen Fragen zu äußern und mein Urteil nach meiner Überzeugung abzugeben? Meiner Ansicht nach ist das sogar einfach meine Pflicht. Ich kann als ehrlicher Mensch von diesem meinem Gesagten durchaus nichts wegstreichen, denn es ist einmal meine ehrliche Überzeugung. Man kann mir entgegen, daß mein Urteil ein irrtümliches sei und kann meinewegen das Gegenteil vertreten. Aber sich so aufzuregen, wie die Genannten es getan, heißt überempfindlich sein, heißt sich selbst als unfehlbar und den andern als Esel hinstellen oder ihn in die Schranken jener Art von Beamten verweisen, denen der „Vorgesetzte“ mit dem erhabenen Gefühl gegenübersteht: „Du hast hier bloß ein Amt; die Meinung überlasse andern!“ — Ich erkläre demgegenüber: Ich erniedrige mich nicht zum Fürstenknecht, aber auch nicht zum Volksbyzantiner! Ich buhle weder um die Gunst „nach oben“ noch „nach unten!“ Ich beurteile die Dinge, wie sie mir sachgemäß erscheinen und spreche aus, was ich denke, einerlei wo und gegen wen.

Gegen die besonderen Unterstellungen, die Kollege Klus der Redaktion (also hauptsächlich mir) macht, hat sich an einer andern Stelle der heutigen Nummer schon der Kollege Janson gewendet, und deckte ich die dort von Janson gemachte Zurückweisung. Die von Klus erhobene Beschuldigung (Janson zitiert sie im Wortlaut) kommt mir fast wie eine Gespensterseherei vor, wenn sie nicht wider besseres Wissen erhoben wurde, welches letzteres ich nicht annehmen will. Wenn man seit der Zeit, da ich die Redaktion neu übernommen habe (Oktober 1905), die Zeitung von A bis Z durchblättert und durchliest, wird man grade das Gegenteil von dem finden, wessen Klus mich beschuldigt. Und das zwar, weil ich sachgemäß garnicht anders konnte, als von Zeit zu Zeit auf Hamburg als Vorbild hinzuweisen, als Vorbild in der praktischen, ruhigen und erfolgreichen gewerkschaftlichen Arbeit. (Soweit „genörgelt“ worden ist, bin ich im Interesse der höheren Sache, darüber einfach zur Tagesordnung übergegangen.)

Im Verlaufe der Zeit, mit zunehmendem Alter und wachsender Erfahrung lernt man die Dinge ruhiger beurteilen. Dieser „Verlust des Temperaments“ kann zu gewissen Zeiten und in gewissen Fällen allerdings auch seine Nachteile haben: Aber es sind ja auch wieder die Jüngeren da. Wir müssen einander ausgleichend wirken.

Die Sache über alles, Ihr Jungen und Ihr Alten! Vertrauen zu einander haben, nicht überempfindlich sein, aber auch nicht mit Absicht einander verletzen oder in Äußerungen des andern etwas suchen wollen, das bei ruhiger Überlegung garnicht darin enthalten sein kann.

So werden wir, einander helfend, die Sache vorwärts bringen. Otto Albrecht.

### Neue Wege im Kampfe um wirtschaftliche Freiheit.

In voriger Nummer dieser Zeitung habe ich auf Wunsch zu einigen Fragen der Generalversammlung Stellung genommen. Bei den Ausführungen, die ich dort gemacht habe, sah ich mich gezwungen, durch die zaghaft konservativen Ansichten der Mehrheit, mich im Rahmen des allgemeinen Standpunktes zu bewegen.

An dieser Stelle will ich nun gestehen, daß, weil wir doch einmal zur Zeit reformieren müssen, ich selbst nicht vollständig befriedigt bin mit den Vorschlägen und Anregungen, die ich dort gemacht habe. Auf der einen Seite gehen sie mir zu weit, auf der andern Seite nicht weit genug, sie tragen den grundverschiedenen Verhältnissen und Bedürfnissen in ihren extremsten Erscheinungen, der verschiedengradigsten Überzeugung noch nicht in der Weise Rechnung, daß man sagen könnte, sie sind auf alle Situationen im Reiche gestimmt.

Die Organisation der Gärtner ist aus kleinen Anfängen entstanden und hat im Laufe der Entwicklung immer mehr und mehr Aufgaben zur Lösung übernommen. Sie ist bei dieser Entwicklung durch Land und Zeit gegangen, ohne jedoch die Berufskollegen individuell wie numerisch im größeren Maße erfaßt zu haben, obwohl von jeher ein großes Feld dazu gegeben war. Auch selbst gegenwärtig noch, wo man meinen sollte, daß es an nichts mehr fehlt, gegenwärtig noch, wo mit allen Mitteln gearbeitet wird, ist die Zahl der Organisation immer noch auf ein kleines Häuflein beschränkt, gegenüber der Masse der Indifferenten (Gleichgültigen, Lässigen).

Überschaut man heute die Geschichte, die Entwicklungsperiode der Gärtnerbewegung einmal mit aller Ruhe bis in die Gegenwart, so wird man sich des Eindrucks, ich sage der Tatsache, nicht verschließen können, daß es zu allen Zeiten Mängel und Fehler jeder Art gegeben hat, die die rapidere Entwicklung und Stabilität der Organisation verhindert haben.

Auch die aktuelle Gärtnerbewegung ist von solchen Fehlern nicht frei, nur sind diese heute ganz anderer Natur als ehemals. Wie könnte es sonst auch sein, daß (alles im allem genommen) trotz der Anstrengungen nur so langsame und dabei noch unbeständige Fortschritte gemacht wurden.

Die hauptsächlichsten Fehler, die m. E. heute vorhanden sind, liegen in der ungenügenden Berücksichtigung der Berufsverhältnisse, der verschiedenen Bedürfnisse, des Grades der individuellen Überzeugung etc.)

Unsre heutige Organisation ist wesentlich von Kollegen geschaffen, will sagen ausgebaut worden, die bei ihrer Arbeit stets die großen Industrieverbände als Muster ins Auge faßten. Und das war richtig, denn unsere Kollegen in Großstädten lebten in gleichen Verhältnissen wie die Industriearbeiter; mit dem Wachsen des Kapitalismus entstanden auch für sie die gleichen Bedürfnisse (durch Arbeitslosigkeit etc.).

Es wurde bei uns (wie in andern Verbänden) die Arbeitslosenunterstützung, Reise- und Krankenunterstützung eingeführt und ausgebaut. Dieses bedeutete natürlich immer größere Lasten; aber ungeachtet dessen, hat man auch sehen können, daß damit ganz bestimmten Bedürfnissen Rechnung getragen wurde. Man hat gesehen, daß die Organisation das geworden ist, was sie werden sollte, aber auch nur konnte. Die heutige Organisation als Produkt ist ihrer Form gemäß entstanden, paßt in diese, aber auch nur diese, sie verrät aus ihrem Wesen, wer allezeit die eifrigsten Förderer waren.

Im großen Gesichtskreise finden wir nun heute bei unsern Berufskollegen die schärfsten Gegensätze in Anschauung, Bedürfnis und Überzeugung vor. Wir finden die verschiedenartigsten Gegensätze im größten wie im kleinsten Kreise, die sich nicht ohne weiteres schablonisieren lassen. Ich betone dies ausdrücklich deshalb, weil unsre heutige Organisation zur Hauptsache auf ganz bestimmte Verhältnisse und Bedürfnisse zugeschnitten ist.

Für den längere Jahre in der Großstadt lebenden, denkenden und mit Bewußtsein fühlenden Kollegen paßt unsre Organisation sehr gut. Er wird gerne und auch höhere Opfer bringen, er ist fest überzeugt und weiß, die Organisation ist ihm eine Stütze, und er weiß genau, wie schnell er diese oft in Anspruch nehmen muß.

Davon wissen unsre Kollegen auf dem platten Lande noch sehr wenig. Es ist daher ganz begreiflich, daß diese Kollegen die Organisation nicht so bewerten können, zumal sie das Wesen der selben garnicht verstehen. Sie waren noch nie arbeitslos, und soweit sie sehen können, werden sie dies „auch nie werden“. Solche Kollegen können, solange sie in diesen Verhältnissen leben, sich nicht

erwärmen, einer Organisation beizutreten, wo man 40 bis 50 Pfg. Beitrag zahlt.

Kommen diese Kollegen in die Großstadt, dann treten sie der Organisation unter dem Drucke der Verhältnisse bei, sobald sie aber die Großstadt wieder verlassen haben, verlassen sie zu häufig auch wieder die Organisation. Begreiflicher wird dies noch, wenn man bedenkt, daß es meistens junge vergnügungssüchtige Kollegen sind.

Vom Standpunkt des materiellen Vorteils können sich weiter für unsre Organisation bei so hohen Beiträgen die Kollegen nicht begeistern, die beständige Arbeit haben, wie in städtischen, privaten etc. Gärtnereien, weil sie zu selten arbeitslos werden, folglich aus den Pflichten nicht genügende Rechte ziehen können.

Ähnlich so reden die Kollegen aus den besser situierten (bürgerlichen und bäuerlichen) Kreisen. Diese gehen eben „zu Muttern“, wenn sie arbeitslos werden.

Und diese drei Kategorien, die ich eben nannte, bilden zusammen keinen kleinen Teil der Gesamtheit. Wozu sollten diese auch in eine Organisation gehen, deren Hauptfaktor die Unterstützung ist, wenn sie „wissen“, daß sie nie arbeitslos werden, oder aber keinen Gebrauch von diesen Rechten machen können.

Wollen wir die Lage der Gärtner verbessern, so müssen wir aber möglichst jedem Kollegen Gelegenheit geben, Mitglied unsrer Organisation zu sein und zu bleiben.

Wir dürfen die Agitation nicht derart belasten, daß ihr von vornherein die Spitze gebrochen ist. Es besteht augenblicklich schon wieder an vielen Orten Besorgnis (siehe Anträge), die Generalversammlung werde die Beiträge erhöhen und damit die Agitation lahm legen.

Dann darf weiter unter keinen Umständen noch lange der Zustand bleiben, daß nur diejenigen Mitglieder Ursache haben, der Organisation treu zu bleiben, bei denen dies mit materiellen Vorteilen verbunden ist. Die Zahl derer wird bei dem heutigen Zustand über die prozentuale Zunahme der Gesamtmitglieder mit den Jahren weit hinauswachsen. Es muß allen Kollegen die Möglichkeit gegeben sein, lange in unsrer Organisation zu verbleiben. Die enorme Fluktuation muß aufhören und Stabilität an ihre Stelle treten.

Ich habe mir nun einmal die verschiedensten Verhältnisse vor Augen geführt, unter denen eine Menge Kollegen nur leben kann, z. B.: Großstadt, Mittelstadt, Land. Gutüberzeugt von der Organisation, mäßig, garnicht. Viel arbeitslos, wenig, garnicht. Bekämpfung der Lokalvereine usw. Ich bin bei diesen Untersuchungen zu dem Resultat gekommen, daß, wenn man diesen wahrhaftig zu verschiedenen Verhältnissen Rechnung tragen will, man heute eine gründliche Umgestaltung in der Organisation vornehmen muß.

Um nun diese auf alle Verhältnisse gestimmten Bedingungen zu erreichen, schlage ich vorläufig als erste größere Maßnahme vor:

Es ist eine eigene Kasse mit Beitragsklassen für Arbeitslosen-, Reise- und Krankenunterstützung zu schaffen, der jedes Mitglied der Organisation freiwillig nach den Graden der Überzeugung beitreten kann.

Durch einen solchen Schritt würde meines Erachtens viel erreicht.

Zum Beispiel:

1. Der allgemeine Beitrag würde sehr entlastet.
2. Die Agitation geht leichter, folglich billiger in allen Orten und Gegenden. (Lokalvereine.)
3. Für Privat-, städtische etc. Gärtner sind die Hindernisse ohne Ausnahmestellung beseitigt.
4. Kollegen aus den besser situierten Kreisen werden leichter zu gewinnen und zu erhalten sein.
5. Die Fluktuation wird nachlassen und Stabilität eintreten.
6. Was mir hauptsächlich am Herzen liegt, das ist, daß wir dem Elend der Arbeitslosigkeit dann zeitgemäß Rechnung tragen können, ohne immer zaghaft auf die verschiedenartigsten Elemente Rücksicht nehmen zu müssen. Hier treten dann mehr gleichartige Elemente mit Überzeugung zusammen. Grade der Arbeitslosigkeit müssen wir hohe Aufmerksamkeit schenken.

Eigens zu diesen Zweck müssen in guten Zeiten und Jahren große Summen angesammelt werden.

Dann müssen die Unterstützungen auch höher werden, damit unsre Kollegen in schlechten Wintern nicht zu sehr aushungern und in Verbindlichkeiten geraten, und im günstigen Frühjahr nicht entschlossen in den Kampfe treten können, weil sie jeglicher wirtschaftlicher Freiheit entbehren.

Die Gesamtorganisation unterstützt die Kasse dadurch, daß sie die gesamte Verwaltung übernimmt.

Wesentliche Unkosten hat die Kasse nicht, so daß Garantie dafür geleistet ist, daß alles Geld wieder in die Hände der Kollegen kommt. —

Die knappe Zeit gestattet es mir für heute nicht, meinen Vorschlag ausführlicher darzulegen, ich denke aber, im Prinzip verstanden zu sein.

Ich habe die Überzeugung, daß wir unter dem Drucke der verschiedenartigsten Verhältnisse mit dem bisherigen System aufräumen müssen und zwar je eher um so besser.

Ich ersuche die Verwaltungen, zu meinem Vorschlag Stellung zu nehmen und ihn der Kritik zu unterziehen.

Da nur noch wenig Zeit bis zur Generalversammlung ist, wäre ich sehr dankbar, wenn man mir kurz brieflich einige diesbezügliche Mitteilungen machte.

Paul Kühne, Hannover.  
Kirschenstraße 17 a l. I.

### Tariffbewegung in der Hamburger Landschaftsgärtnerei.

Zwischen dem Vorstand der Vereinigung der Hamburger Landschaftsgärtner (Arbeitgeber) und der Ortsverwaltung Hamburg unsrer Organisation sind Tarifverhandlungen angebahnt. Am Mittwoch, den 14. Juli, fand eine Sitzung der beiden Vorstände statt, zwecks gegenseitiger Aussprache. Die Mitgliederversammlungen beider Organisationen hatten noch keine Stellung hierzu genommen. Die Arbeitgeber machen uns folgenden provisorischen Vorschlag zu einem Tarifvertrage.

#### Der Tarif-Vertrag

soll auf längere Zeit, 3 bis 4 Jahre, abgeschlossen werden und ab 1. April 1910 gelten. Die Arbeitszeit soll ab da 9 1/2 Stunde betragen, der Tagelohn soll der gleiche bleiben, wie jetzt in 10 Stunden. Das bedeutet einen Stundenlohn von 52 2/3 Pfg. (jetzt 50 Pfg.) Diejenigen, die schon jetzt einen höheren Lohn haben, sollen denselben beibehalten.

Ab 1. April 1911 tritt eine Erhöhung der Löhne ein. Leute, die noch keine 8 Monate in der Landschaftsgärtnerei beschäftigt sind, erhalten nur 50 Pfg. pro Stunde. (Jetzt besteht eine Staffellung noch nicht. Demnach würden diese Kollegen einen Wochenlohn von 28,50 Mk. gegen 30 Mk. jetzt erhalten.) — Überstunden werden mit 60 Pfg. bezahlt. — Die niedrigste Arbeitszeit beträgt während der kurzen 6 Winterwochen 7 1/2 Stunde. — Ostern und Weihnachten wird am Sonnabend eine Stunde früher Feierabend gemacht, bei vollem Lohn. — Arbeitgeber, die weniger als 9 1/2 Stunde arbeiten lassen, haben denselben Tagelohn zu bezahlen, wie bei 9 1/2 Stunden. —

Der Arbeitsnachweis wird an paritätischer Grundlage errichtet. Nichtorganisierte Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben bei Benutzung des Arbeitsnachweises eine Einschreibgebühr zu entrichten. Auf alle Fälle sollen aber die organisierten Teilnehmer zuerst berücksichtigt werden. —

Die Tarifverhandlungen sind bis zum 1. Dezember 1909 zu beendigen. —

Die Arbeitgeber hoffen, diesen Vorschlag ihren Mitgliedern zur Annahme empfehlen zu können und ersuchen die Arbeitervertreter, das gleiche zu tun.

Die Arbeitnehmer nahmen in 2 Versammlungen, Hamburg und Blankenese, Stellung hierzu und stellten nach reiflicher Diskussion folgenden Gegenvorschlag auf:

#### Der Tarif

läuft auf vier Jahre, vom 1. Januar 1910 bis 1. Januar 1914. Die Arbeitszeit beträgt während dieser Periode 9 1/2 Stunde.

Ab 1. Jan. 1910 beträgt der Lohn 55 Pfg. pro Std.

„ 1. „ 1911 „ „ „ 57 „ „ „

„ 1. „ 1912 „ „ „ 60 „ „ „

Überstunden werden mit 10 Pfg. Aufschlag bezahlt.

Die Arbeitszeit wird folgendermaßen geregelt:

vom 1. März bis 1. Nov. 9 1/2 Std.

„ 1. Nov. „ 1. Dez. 8 1/2 „

„ 1. Dez. „ 15. Jan. 7 1/2 „

„ 15. Jan. „ 15. Febr. 8 „

„ 15. Febr. „ 1. März 8 1/2 „

Bei der vollen Arbeitszeit beginnt diese um 6 1/2 Uhr und endet um 5 1/2 Uhr, unter Fortfall der Vesperpause. —

Beträgt der Lohn unter 9 1/2 Stunden, so ist die Stunde so hoch zu bezahlen, daß derselbe Tagelohn erreicht wird, wie bei 9 1/2 Stunden.

Die Lohnauszahlung erfolgt am Freitag während der Arbeitszeit. Andernfalls ist die Wartezeit als Überstunde zu bezahlen.

Ostern, Pfingsten und Weihnachten ist um 4 Uhr Feierabend, bei vollem Tagelohn.

Der Arbeitsnachweis ist auf paritätischer Grundlage zu errichten. —

Bemerkenswert ist, daß in der Diskussion allgemein hervorgehoben wurde, daß bei der anhaltenden Teuerung des Lebensunterhalts und durch die bevorstehende enorme Verteuerung der wichtigsten Konsumartikel, hervorgerufen durch die neuen Steuern, es unbedingt nötig sei, die Lohnhöhen absolut zu steigern, um so einer Verschlechterung der Lebenshaltung vorzubeugen.

So stehen nun zwei Grundlagen zu den weiteren Verhandlungen zur Verfügung. Wir glauben, sicher zu einem beide Teile befriedigenden Tarifabschluß zu kommen. — Zur besseren Beurteilung der Verhältnisse in der hiesigen Landschaftsgärtnerei führen wir die Ergebnisse einer Statistik, die in der Woche nach Pfingsten aufgenommen wurde, an.

Die Statistik erstreckt sich auf 73 Firmen mit beschäftigten Personen, Gehilfen und Arbeiter.

Von diesen 364 verdienten

Personen	50 Pfg. pro Stunde
255	50 Pfg. pro Stunde
25	52
6	52 1/2
25	53
8	54
19	55
7	55 bis 60 Pfg. pro Stunde
19	unter 50 Pfg., meisten Invaliden und ältere Leute.

Es verdienen also 24 Proz. der Kollegen über 50 Pfg. pro Stunde.

Von den 364 Personen waren 71 unorganisiert, sieben von diesen waren nicht organisationsfähig, 21 waren in andern Verbänden organisiert.

Die Arbeitszeit ist folgende:

33 Firmen arbeiten von 6 bis 6 Uhr mit den üblichen Pausen (1/2 Stunde Frühstück, eine Stunde Mittag, 1/2 Stunde Vesper), mit Ausnahme von vier Firmen, mit 1 1/2 Stunde Mittag ohne Vesper.

21 Firmen von 6 bis 5 1/2 Uhr (diese arbeiten alle ohne Vesperpause).

6 Firmen von 6 1/2 bis 5 1/2 Uhr (ohne Vesper, 9 1/2 Stunden Arbeitszeit).

13 Firmen von 6 1/2 bis 6 Uhr. 12 von diesen ohne Vesper, also 10 Stunden und eine mit Vesper, sind 9 1/2 Stunden.

Das sind sieben Firmen mit 9 1/2 Stunden Arbeitszeit.  
J. Busch, Hamburg.

## Gegen Bier und Branntwein!

Die neuen Bier- und Branntweinsteuern sollten alle Freunde der Abstinenz auf den Plan rufen mit dem Schlachtruf: Trinkt hinfort überhaupt kein Bier, keinen Branntwein, keine Liköre und gar keine alkoholischen Getränke mehr! Werdet Abstinenter!

Man kann der alkoholischen Getränke entbehren, wenn man nur ernstlich will! Dafür liefern schon verschiedene Tausende von Arbeitern aller Berufsarten den besten Beweis. Und sollte man angesichts der neuen Steuern, die man uns erpressen will und die doch nur der Erhaltung des militaristisch-kapitalistisch-junkerischen Klassenstaates zu dienen bestimmt sind, nicht diesen Willen und diese Kraft aufzubringen vermögen? Zum Teufel mit allem Bierphilistertum (in des Wortes materiellster Bedeutung)! Wollt nur ernstlich, Ihr Klassen-genossen, und Ihr könnt es!

Natürlich werdet Ihr gegen diese Forderung zahlreiche Bedenken ins Feld führen. Zunächst wollt Ihr, wie Ihr meint, den Umfang des Alkoholverbrauchs allerdings einschränken. Sehr löblich, solch ein Wille, wie manchem scheinen mag. Ich sage: schwächlich ist solch „Wille“, noch nicht mal eine Halbheit, sondern nur ein Teil von Halbheit. Wenn Ihr nicht ganz entsagt, glaubt mir: in ein paar Wochen ist Dämon Alkohol über Euch wieder ganz Sieger; Ihr habt Euch dann an den neuen Zustand „gewöhnt“ und zahlt eben, wenn vielleicht auch noch mit einigem Grollen oder „Galgenhumor“, dem Klassenstaat die Steuern, die Ihr ihm bei wirklich ernstem Willen vorenthalten könntet.

Ihr werdet auch mit Ausreden kommen wie: die jetzt im Verkehr befindlichen alkoholfreien Getränke seien nicht schmackhaft genug und auch zu teuer. Himmelhergottsakrament noch einmal! Dann trinkt gefälligst das beste Alkoholfreie: trinkt Wasser und trinkt Milch! Das ist am gesündesten, und Milch ist obendrein nahrhaft. Im übrigen: aus Wasser und Zitrone, eventuell mit etwas Zucker, schafft man sich das erfrischendste und schmackhafteste Getränk. Des weiteren wird aber auch die Massenfabrikation von alkoholfreien Getränken sehr schnell um sich greifen, wenn nur eine gute Nachfrage vorhanden. Und auch deren Preise herabzusetzen wird möglich

sein und erfolgen, wenn Ihr darauf drängt, eventuell irgendwie von organisationswegen drängt.

Und dann Eure Versammlungen. Da könnt Ihr mit Leichtigkeit Euch dem alten Trinkzwang entwinden: Zählt hinfort für die Säle und Zimmer eine Miete! Für 5 Pfennige pro Teilnehmer und Abend ist für die Regel die Sache (also das Mietezahlen) bestritten. Und wenn Ihr 10 oder 15 oder gar 20 Pfennige dafür zahlen müßtet, und es belästigt Euch dafür niemand mit jenen steuerpresserischen Getränken, dann kommt Ihr immer noch billiger weg wie sonst.

Arbeiter, Kollegen: Der Abstinenz eine Gasse! Das werde unser Schlachtruf gegen die Bier- und die Branntweinsteuer. Jeder einzelne drücke vor allem diesen Willen bei sich selbst durch; das Beispiel ist das beste Werbe- und Erziehungsmittel. Abstinenten auf den Plan!

## Rundschau.

Berlin, den 3. August 1909.

Der Verband deutscher Blumen-geschäftsinhaber hält vom 21. bis 26. August in Hamburg seinen diesjährigen Verbandstag ab. Von Berlin aus fährt ein Extrazug die Teilnehmer nach der schönen Alsterstadt. Daß die Unternehmer der Blumengeschäfte im Durchschnitt keine misepetrischen Proleten und keine Sauerköpfe sind, deutet ihr umfangreiches Festprogramm an, das sich über alle sechs Tage erstreckt. Unter den Anträgen steht an erster Stelle ein solcher aus Dresden: „Verbandstag wolle beschließen, daß die Verbandszeitung in Zukunft auch den Angestellten zugänglich gemacht werden soll.“ Man erwartet daraus eine größere Rentabilität. Ein Antrag aus Westfalen will dem Verbandsorgan „das Urheberrecht bezüglich der Veröffentlichung der Ausstellungsgegenstände bei Binderei-Ausstellungen sichern“. Das heißt photographische Aufnahmen von blumistischen Bindereizeugnissen, die Mitglieder ausgestellt haben, sollen vor allem dem Verbandsorgan der Blumengeschäftsinhaber zustehen. Ein konkurrenzneidischer Vorstoß gegen die Olbertz'sche „Bindkunst“! Magdeburg wünscht den Beitritt zur Zentralvereinigung deutscher Vereine für Handel und Gewerbe. Pfeiffer-Braunschweig beantragt Beitragserhöhung von 6 auf 8 Mk. pro Jahr. Leipzig wünscht monatlich dreimaliges Erscheinen (jetzt zweimal) der Zeitung und ferner: „Verbandstag wolle beschließen, die Namen der kontraktbrüchigen Binder und Binderinnen in der Verbandszeitung zu veröffentlichen“. Das Kanonenschießen nach Spatzen soll also auch hier losgehen. Himmel, haste keine Flinte! Als Vorträge sind angekündigt: „Die Verpackung von fertigen Blumenarrangements“ (Julius Beuchel-Breslau), „Ich komme durch, durch komme ich doch!“ (Carl Wolf-Düsseldorf), „Die Kunst des Verkaufes“ (Willi Damerius-Berlin) und als Glanznummer an der Spitze: Herr Reichstagsabgeordneter Franz Behrens über „Ist eine Verständigung zwischen den Fachverbänden der Gärtnerei in der Frage des Schutzzolles zweckmäßig?“ Franz, der Antisemit bei den Liberalen! Franz kann alles!

Eine sogen. Studienreise nach England haben im Monat Juni und Anfang Juli eine größere Anzahl der Betriebsleiter von Stadtgärtnereien unternommen. Veranstaltet worden ist die Reise vom Verein zur Beförderung des Gartenbaues. Auch einige Leiter größerer Privatgärtnereien sowie einige größere Gärtnereiunternehmer haben sich daran beteiligt. — 38 Mitglieder des Bundes der Gärtnerverbände Frankreichs befinden sich seit dem 19. Juli auf einer Studienreise durch Deutschland. Am 27. Juli waren dieselben in Berlin, wo sie alle größeren Gärtnereibetriebe besuchten.

Ein internationaler Kongreß der Handels-gärtner findet am 31. August ds. Js. in Orleans (Frankreich) statt. Derselbe wird auch aus Deutschland beschickt.

Um ihre Lehrlinge nicht in die Gewerbeschule schicken zu brauchen, haben sich die Handelsgärtner Heilbronn aus dem Gewerbekataster streichen lassen. So berichtet der „Handelsgärtner“. Bemerkungen dazu unsrerseits sind überflüssig.

Eine Preiserhöhung um 20 Prozent haben die Dresdener Versandfirmen für die Spezialkulturen beschlossen. Sie begründen diese Maßnahmen mit den stetig steigenden Betriebsausgaben und sonstigen Unkosten. „Man kann es den Dresdener Firmen nicht verdenken“, bemerkt dazu die Süddeutsche Tante, „wenn sie versuchen, eine bessere Rentabilität zu erzielen, und wäre nur zu wünschen, daß man auch anderwärts diesem Beispiele folgt.“ — Wir aber verdenken es den Dresdener Gärtnergehilfen sehr, daß sie noch

immer für einen Hundelohn ihre Knochen zu Markte tragen.

„Zum Gärtner noch lange gut genug.“ Ein Inserat folgenden Inhalts wurde der Expedition unserer Zeitung zwecks Abdruck im Inseratenteil zugesandt. Den Abdruck an jener Stelle mußten wir ablehnen, hier aber geben wir es unentgeltlich wieder:

16jähr. junger Mann, in der Schule geistig zurückgeblieben, soll die Gärtnerei erlernen; bevorzugt Hamburg oder nächste Umgegend. Jahresbeitrag für Anlernung wird gewährt. Zuschr. unt. E. 628 bef. d. Ann.-Exp. Gotthard Latte, Hamburg.

Wahrscheinlich handelt es sich um einen Sprößling aus besser situierten Kreisen. Die „Herren Eltern“ sollen ihren Idioten in eine preußische Heimkantine schicken; in einigen Jahren wird er's dort vielleicht noch zu etwas bringen können. Unser Beruf kann ihn unter keinen Umständen gebrauchen und verzichtet mit Dank auf solch überwertvollen Zuwachs.

Der „Allgemeine österreichische Gärtnerverband“ hat sich auf seiner Generalversammlung am 29. Juni noch immer nicht zu einer reinlichen Scheidung der Interessengruppen aufzurufen vermocht. Es wurde sogar einstimmig beschlossen, die seit dem vorigen Jahre eingerichtete Organisationsform (a. Gruppe der gewerblichen Gärtnereiunternehmer, b. Gruppe der Privatgärtner) beizubehalten und diese noch mehr zu festigen. Immerhin ist der Verband wesentlich in den Händen der Privatgärtner, deren Gruppenbestand 1250 Mitglieder betragen soll. Wieviel die Handelsgärtnergruppe Mitglieder hat, ist aus dem veröffentlichten Verhandlungsprotokoll nicht ersichtlich; viel über 200 werden es aber kaum sein. — Am Tage zuvor (28. Juni) fand eine Delegiertenversammlung von österreichischen Genossenschaften gewerblicher Gärtner statt. Diese beschloß die Gründung eines „Reichsverbandes gewerblicher Gärtnergenossenschaften Österreichs“. Der Beschluß ist aber erst als ein Anfang dieser Gründung zu betrachten, weil es noch an einem Statut fehlt, welches der behördlichen Genehmigung bedarf. Die Insbretzung soll aber sofort nach erfolgter Genehmigung vor sich gehen. Man hofft, Ende des gegenwärtigen Jahres damit zustande zu kommen.

Der Kampf der städtischen Arbeiter in Kiel dauert noch immer fort. Die Ausgesperrten und Ausständigen verharren treu im Gefecht. Jedoch ist schon massenhaft Streikbrechergesipdon! „staatsnützliche Elemente“ — herangezogen worden, die den Fortgang der Arbeiten mit Mühe und „Fleiß“ aufrecht erhalten. Der Magistrat zeigt sich als starrer „Herr im Hause“ und lehnt noch immer alle angebotenen Verhandlungen ab.

In Schweden ist ein gigantischer Kampf zwischen dem Unternehmertum und der Arbeiterschaft ausgebrochen. Schon seit Jahren geht die Taktik der dortigen Scharfmacher dahin, selbst die kleinsten Kämpfe der Arbeiter durch Massenaus-sperrungen lahmzulegen. Das ist solange fortgesetzt worden, daß die Gewerkschaften sich vor kurzem schlüssig wurden, zum Zwecke der Abwehr dieser mörderischen Angriffe, den Generalstreik für alle Berufe, mit Einschluß der Landwirtschaft, zu erklären. Der Ausstand hat dieser Tage bei einer Anzahl von Berufen begonnen und dürfte in kurzer Zeit allgemein werden.

Wie Herr von Berlepsch über die „Gelben“ denkt: „Eine Richtung, die sich auch als „Arbeiter“-Organisation bezeichnet, nenne ich nicht — die Gelben. Ich nenne die Gelben deswegen nicht, weil sie keine Arbeiterorganisationen sind, sondern lediglich Gebilde, die von den Unternehmern gegründet sind, — was ich diesen allerdings garnicht übelnehme — um die Stoßkraft der selbständigen Arbeiter-Organisationen zu brechen und den Unternehmern zu helfen, ihren „Herr im Hause“-Standpunkt durchzuführen. Daß diese Gebilde nicht in einer Reihe mit ehrlichen Arbeiterorganisationen genannt werden können, versteht sich von selbst.“ — So also Herr von Berlepsch, der preußische Staatsminister a. D., in einem Vortrage auf dem Kölner christlichen Gewerkschaftskongreß. Diese selben, so gekennzeichneten „Gelben“ (nämlich der „Bund vaterländischer Arbeitervereine“) haben dem Fürsten Bülow, anlässlich seines Rücktritts vom Reichskanzlerposten — die „Ehrenmitgliedschaft“ angetragen, und Fürst Bülow nahm sie mit Dank an! Fürst von Bülow, der Reichskanzler a. D., ist nun also „Ehrenkollege“ einer Gruppe von Arbeitern, die Herr von Berlepsch, der Staatsminister a. D., ganz richtig als unehrliche, durch Unternehmengelder gekaufte Organisationen bezeichnet. Das geschieht dem Fürsten

ganz recht! Er befindet sich damit in der richtigen Gesellschaft, denn auch sein „hohes Verdienst“ ist es ja, das liberale Bürgertum in ähnlicher Weise korrumpiert zu haben, wie das Unternehmertum die Gelben.

## Korrespondenzen.

**Bocholt i.W. Kost- und Logiszwang.** Die Gärtnerei von A. Vallen in Bocholt (Westf.) beschäftigt drei Gehilfen und zwei Lehrlinge; die Wohnung derselben befindet sich über der Bindehalle neben dem Abort des Chefs und mißt in der Länge 4,70 m, Breite 3,30 m und Höhe 3,25 m; Luftinhalt etwa 50 cbm. Fenster hat die Bude zwei, das eine ist einen Meter über dem Boden und hat 1,35 x 1 m im Quadrat, das andre ist 2 m über dem Boden und hat 1 m x 80 cm. Bewohnt wird die Bude von drei Mann. An Möbel sind vorhanden: 3 eiserne Feldbetten, 3 Stühle, 1 Tisch (aber nur 84 x 63 cm groß); weiter sind noch, o Wunder!, 3 Schränke vorhanden. Um zur Wohnung zu gelangen, muß man erst eine steile Treppe passieren, die geradezu lebensgefährlich zu nennen ist, auch ist sie ziemlich ausgetreten. Sie ist 80 cm breit und stößt direkt auf die Tür, ohne weiteren Vorbau. Ein Ofen ist in der Bude nicht vorhanden. Das Waschgeschirr ist gut, auch die Handtücher. Über die Kost wird geklagt. Lohn wird im Durchschnitt 20 bis 30 Mk. bezahlt. Die Arbeitszeit ist von 5 bis 8 Uhr, mit drei Stunden Pause. Die Behandlung läßt zu wünschen übrig. — Damit dürfte die Firma genügend gekennzeichnet sein. Zum Schluß noch: Kollegen, macht Euch zum Grundsatz: Fort mit dem Kost- und Logiszwang! Verlangt, wo es geht, Wochenlohn!

**Cöln a. Rh.** Uns wird geschrieben: Mit Beziehung auf die Firma Heinrich Schneider in Cöln, Christophstr. 29 (nicht C. Schneider!) in No. 25 dieser Zeitung muß ich den Kollegen noch folgende Eröffnungen machen. In dieser Firma wird von morgens 7 bis abends 8 Uhr gearbeitet, es wird auch 9 Uhr, ja, noch später, wenn nämlich Dekorationen ausgeführt werden. Kommt es einmal vor, daß die Gehilfen des Morgens eine Viertelstunde später aufstehen, so sagt Herr Schneider bis: „Nächstens bringe ich Euch den Kaffee, die Zeitung und den Klosettschlüssel ins Bett.“ Sonntags wird bis 11 Uhr gearbeitet, ja es ist auch schon 2 Uhr nachmittags geworden, ohne daß dafür etwas vergütet wurde. Ein Gehilfe wurde eines Tages krank, es war ihm unmöglich, noch an demselben Tage zum Arzt zu gehen. Den nächsten Morgen geht Herr Schneider zu ihm hinauf und sagt, er solle machen, daß er aus der Stube komme, sein Haus sei kein Spital. (heißt: „patriarchalisches Arbeitsverhältnis“). D. Redaktion.) Monatlicher Lohn ist durchschnittlich 35 Mk. bei freier Station.

**Proskau.** Der Herr Landwirtschaftsminister hat durch Erlaß vom 23. Juni 1909 genehmigt, daß Damen ihre vollständige gärtnerische Ausbildung am Königlichen Pomologischen Institut (Gärtnerlehranstalt) zu Proskau, Bez. Oppeln, erhalten können. Die Aufnahme findet am 1. April und 1. Oktober jeden Jahres statt. Aufnahmebedingungen sind: 1. Vollendung des 17. Lebensjahres; 2. Töchterschulbildung; 3. Mindestens einjährige praktische Lehrzeit in einem geeigneten gärtnerischen Betriebe. Die Aufnahmesuchenden haben folgende Papiere vorzulegen: Geburtsschein, Schulabgangszeugnis, Lehrzeugnis, ärztliches Gesundheitsattest sowie eine Einwilligungserklärung des Vaters oder Vormundes zum Besuche des ganzen zweijährigen Lehrganges und zur Deckung der Kosten des Unterrichtes und Unterhaltes. Das Lehrhonorar beträgt für das I. und II. Halbjahr 60 Mk., für das III. und IV. Halbjahr 45 Mk. Bei nachgewiesener Bedürftigkeit kann Honorarerlaß gewährt werden. Nach zweijährigem Besuch der Anstalt werden die Damen zur Abgangsprüfung zugelassen und erhalten über den Ausfall derselben ein Abgangszeugnis wie die ordentlichen Hörer der Anstalt. Zur Zeit wird das Institut von 3 den besseren Ständen angehörenden Damen besucht. Wohnung und Unterhalt ist im Orte Proskau zum Preise von 50 bis 60 Mk. monatlich zu haben. Weitere Auskünfte erteilt die Direktion.

## Ausland.

**Frankreich.** Paris, 17. Juli. Der Streik der Gärtner in St. Cloud und Garches ist beendet und zwar nicht, wie voraussichtlich angenommen wurde, mit Erfolg, sondern mit einer Niederlage für die Kollegen. Die Gründe dieses Mißerfolges sind verschieden. Ich führe vor allem an, daß in einer größeren Herrschaftsgärtnerei am Platze wegen Ableben des Besitzers zu gleicher Zeit 15 Kollegen entlassen wurden, die nicht organisiert waren und am Streik nicht teilnahmen. Diese Feiglinge von

Auch-Kollegen konnten nun nichts eiligeres tun, als sofort die entsprechende Zahl Plätze streikender Kollegen zu besetzen. Dann ferner haben einige Kollegen ruhig weitergearbeitet, wovon einer sogar im Vorstände des Syndikats am Platze war. Dann hatten die Gemeinderäte den Arbeitgebern die nötige Polizei zur Verfügung gestellt, damit die Feiglinge ungestört weiterarbeiten konnten. „Le Travailleur de la Terre“ kennzeichnet in einem Artikel gebührend das Verhalten dieser traurigen Gesellen.

In Nanterre (Departement Seine & Oise) streiken seit 29. Juni die in Champignon-Kulturen beschäftigten Gärtner. Dieser Streik wurde hervorgerufen durch Entlassung mehrerer Kollegen in einem Geschäfte, welche 55 Cts. = 44 Pfg. pro Stunde verlangten. Gemeinsam fordern nun die Kollegen:

1. 10stündige Arbeitszeit,
2. 70 Cts. = 56 Pfg. pro Stunde,
3. Überstunde 1 Franken = 80 Pfg.,
4. Vollständige Wochenruhe,
5. Anspruch auf Unfallversicherungs-Gesetz,
6. Keine Entlassung wegen Teilnahme am Streik.

Ferner haben sich in verschiedenen Orten letzteren Departements einige neue Syndikate gebildet. Ein gemischtes von Landarbeitern und Gemüsegängern, andre von Champignonisten und Gemüsegärtnern, andre von Champignonisten und andern. Auch in Gemüsegärtnereien herrscht ein reges Leben. Alles dieses läßt auf eine große Bewegung im kommenden Frühjahr schließen.

Wilhelm Kölmel.

## Allgem. Deutscher Gärtnerverein.

Berlin N. 37, Metzger Strasse 3. Fernsprecher: Amt 3, 5982

Vorsitzender: Georg Schmidt.

Bei jedem schriftlichen Verkehr ersuchen wir um deutliche Angabe der Adresse des Absenders. (Name, Ort, Strasse und Hausnummer.)

## Bekanntmachungen.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte

Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag, den 1. August der 32.

Wochenbeitrag 1909 für die Zeit vom 1. August

bis 7. August 1909 fällig ist.

— **Barmen-Elberfeld.** Laut § 9 Abs. 2 und 4 der Statuten wurde das Mitglied Wilhelm Hartmann, bisher in Barmen, aus der Organisation ausgeschlossen.

— **Berlin.** Ortsverwaltung Groß-Berlin. Mittwoch, den 11. August 1909, abends 8 1/2 Uhr, Öffentliche Gärtner-Versammlung in Dräsel's Festsäle, Berlin C., Neue Friedrichstraße 35 (großer Saal). Tages-Ordnung: 1. Aus der deutschen Gärtnerbewegung. Referenten: Kollege H. Link, Düsseldorf und Kollege H. Rolke, München. 2. Aus der österreichischen Gärtnerbewegung. Referent: Kollege K. J. Pavlik, Wien. Kollegen! Sorgt für Massenbesuch der Versammlung.

— **Berlin.** Ortsverwaltung. Die Versammlungen des Bezirks Berlin-Westen finden in Zukunft Donnerstags vor dem 15. jeden Monats statt, nicht mehr Freitags. Nächste Versammlung also Donnerstag, den 12. August, Restaurant Poschmann, Schöneberg, Vorbergstr. 9.

— **Bremen.** Wer kennt den Aufenthalt oder die Adresse des Gärtners Heinrich Weillbrock? Selbiger war zuletzt in der Firma J. D. Heinecke, bis Anfang Juli, tätig. Nähere Angaben erbittet:

Jul. Kayser, Bremen, Kornstr. 131.

— **Breslau.** Die Adresse des Vertrauensmanns ist jetzt: Theodor Strothmann, Breslau V, Seydlitzstr. 12, II.

— **Frankfurt a.M.** Sonntag, den 15. August, gemeinschaftlicher Ausflug nach Homburg v. d. H. Besichtigung der dortigen Kuranlagen, sowie Tour in den Taunus. Abends Beteiligung am Stiftungsfest des Homburger Zweigvereins. Abfahrt 9 1/2 Uhr vorm. vom Hauptbahnhof. Treffpunkt 9 Uhr am Hauptportal.

— **Halle a. S.** Die Adresse des Vorsitzenden ist jetzt: Fr. Keimling, Halle a. S., Rannische Straße 8, I. Die Versammlungen finden Sonnabend nach dem 1. und 15. jeden Monats, im „Englischen Hof“, Groß-Berlin Nr. 14, statt.

— **Hannover.** Adressenänderung. Die Adresse des Kollegen Paul Kühne lautet von jetzt ab: Hannover, Kirschenstr. 18 a, I, I.

— **Lübeck.** Das Verkehrslokal befindet sich bei Olof, „Siebente Querstraße“, zwischen Beckergruben und Mengstraße (nicht Menzstraße).

— **Schwäb.-Gmünd.** Vertrauensmann Herm. Stirm, Vord. Schmiedgasse 68. Versammlungen Samstag nach dem 1. und 15. jeden Monats, im Gasthaus „Zum Stern“, Vord. Schmiedgasse.

## Das Ergebnis der Delegiertenwahlen zur Generalversammlung geben wir nachstehend kurz bekannt:

(Eine genaue Zusammenstellung über die Ergebnisse der Wahl wird den örtlichen Verwaltungen noch durch Randschreiben mitgeteilt.) Zur Außerordentlichen Generalversammlung waren 23 Delegierte zu wählen. Wir verweisen noch auf die Bekanntmachung über die Einteilung der Wahlbezirke und die Verteilung der Delegierten in Nr. 30 der Zeitung vom 24. Juli 1909.

Als gewählt gelten nachstehende Kollegen:

**Im ersten Agitationsbezirk:** Josef Busch, M. Cirsovius, K. Klus, O. Kummer, sämtlich Hamburg, J. Kayser, Bremen, P. Kühne, Hannover, Fr. Schmidt, Lübeck.

**Im zweiten Agitationsbezirk:** Georg Thull, Düsseldorf, Fritz Kretschmann, Remscheid, Carl Bremer, Dortmund.

**Im dritten Agitationsbezirk:** Fritz Fuchs, Hermann Halle, beide in Frankfurt am Main, Carl Reutter, Stuttgart.

**Im vierten Agitationsbezirk:** Johann Rolke, München.

**Im fünften Agitationsbezirk:** Josef Ehrlich, Leipzig, Paul Maetzke, Dresden, Julius Schüler, Magdeburg.

**Im sechsten Agitationsbezirk:** Anton Babinski, Berlin-Steglitz, Rud. Bäckers, Berlin-Pankow, Max Gehe, Berlin-Osten, Walter Kwasnik, Berlin, Paul Lindenblatt, Berlin-Charlottenburg, Franz Vogel, Berlin-Rixdorf.

Die Mandate sind den Delegierten inzwischen zugestellt worden. Die Delegierten haben sich so einzurichten, daß sie am Donnerstag, den 12. August 1909, vormittags 8 Uhr, in Berlin im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, sind. Mandat nebst Mitgliedsbuch ist mitzubringen und beim Büro der Generalversammlung abzugeben. Wer verhindert ist, zu erscheinen, hat dies umgehend dem Hauptvorstand zu melden, damit die Ersatzmänner berufen werden können, und gelten hier die Kollegen, die die nächsthöchste Stimmenzahl erzielt haben.

## Literarisches.

— **Der Monismus.** Zeitschrift für einheitliche Weltanschauung und Kulturpolitik. Im Verlag des Deutschen Monistenbundes. Jährlich 12 Hefte. Abonnement halbjährlich 1,50 Mk. Bezug durch alle Buchhandlungen, die Post und die Geschäftsstelle des Bundes, Berlin W. 57, Kurfürstenstr. 167. Zugelassen sind uns die Hefte 28 bis 37 (Oktober 1908 bis April 1909). Das Februar-Heft ist eine sogen. Darwin-Nummer. Aus Nr. 33 und 34 nennen wir die Aufsätze: Viehhaar, Herder und der Darwinismus; Meyer-Karlsruhe, Naturwissenschaft und Philosophie; Tschirn, Giordano Bruno; Kroell, Zur Frage der Pflanzenpsychologie; Unold, Monismus und Freimaurerei; Pudor, Der Individualismus als Religion.

— **Meyer, Dr. M. Wilhelm, Der Mond, unsre Nachbarwelt.** Mit zahlreichen Abbildungen. In farbigem Umschlag, geheftet Mk. 1,—, fein geb. Mk. 1,80. Verlag des „Kosmos“, Gesellschaft der Naturfreunde (Geschäftsstelle: Franckh'sche Verlagsbuchhandlung), Stuttgart. (Die Mitglieder erhalten diesen Band kostenlos.) In dem neuen Kosmosbändchen führt uns der Verfasser durch die Nachbarwelt unsres himmlischen Begleiters, der, obgleich der nächste unter allen Himmelskörpern, doch eine von der irdischen grundverschiedene Natur offenbart. Wir treten in sie schrittweise ein, indem wir zunächst seine wechselnden Stellungen zu uns ins Auge fassen, die die Mondphasen, die Sonnen- und Mondfinsternisse erzeugen, seine Entfernung und Größe kennen lernen, bis wir, nach erlangter Erkenntnis dessen, wie weit Fernrohr und photographischer Apparat uns behilflich sein können, die charakteristischen Landschaften des Mondes im Geiste besuchen. Das Büchlein ist wieder reich, zumteil mit Originalaufnahmen von Mondlandschaften, illustriert.

## Inhaltsübersicht zu No. 32.

Welcht Euch gegen die neue Steuer-Ausplünderung! — Reichs-Finanzreform-Merkmalen. — Die augenblickliche politische Lage. — Die isolierten Hamburger. — Organisation, Beitrag, Unterstützung. I. bis IV. — In eigener Sache. — Neue Wege im Kampfe um wirtschaftliche Freiheit. — Tarifbewegung in der Hamburger Landschaftsgärtnerei. — Gegen Bier und Branntwein! — Randschau. Verbandstag der Blumengeschäftsinhaber; Gärtnerische Studienreisen; Internationaler Handlungsgärtnerkongress; Gegen die Schule; Preiserhöhung Dresdener Gärtnerprodukte; Zum Gärtner lango gut genug; Allgemeiner österreichischer Gärtnerverband; Aussperung in Kiel; Generalstreik in Schweden; Berlepsch, Billow und die Gelben. — Korrespondenzen: Bocholt i. Westf.; Cöln a. Rh.; Proskau. Ausland: Frankreich. — Allgem. Deutscher Gärtnerverein: Bekanntmachungen. — Literarisches.

★ ★ Anzeigen-Teil. ★ ★

Die viermal gespaltene Pettzeile oder deren Raum kostet 30 Pfg.

Schluß der Anzeigen-Annahme: Dienstags früh.

Für den Anzeigenteil übernimmt die Redaktion nur die gesetzliche Verantwortung.

Gehilfen,

die gesicherte Lebensstellung und zeitgemäße, alle Zweige der Gärtnerei betreffende, gründliche (1924f)

Wissenschaftliche Fach-Ausbildung erstreben, finden zum nächsten Kursus Aufnahme unter günstigen Bedingungen an der Thüringischen

Gärtner-Lehranstalt Köstritz

der stärkst besuchten höheren Fachschule für Gärtner.

I. Kursus für Gehilfen.

II. Kursus für Berechtigung z. 1jähr. freiwilligen Dienst.

III. Kursus f. Gartenarchitekten und Landschaftsgärtner.

IV. Kursus f. Obstbautechniker.

Prospekt u. Auskunft kostenfrei durch Direktor Dr. H. Settegast.

Achtung für Gärtnereien!

Pr. geölten, nicht geteert, Strohmattefaden p. kg 1,30 Mk.; stark als Aufzug p. kg 1,10 Mk. (1189/32)

Mechan. Seil-Fabrik

Neumarkt i. Schlesien P. HERZOG.

Der Herausgeber des Buches

Aus der Tiefe

ersucht alle Arbeiter und Arbeiterinnen jeder Art, welche in ihren Mußestunden vielleicht Gemälde, Zeichnungen, kunstvolle Handwerksarbeiten in Glas, Ton, Metall, Pappe, Holz usw. verfertigt haben, sich mit ihm in Verbindung zu setzen. Adresse: Adolf Levenstein, Berlin W., Neue Winterfeldstr. 36.

S. Kunde & Sohn Dresden Dresden-A. 38, Kipsdorferstr. 106. — Gegründet 1787. — Spezialfabrik für Gartenwerkzeuge. Bekannte erste Qualität. Reelle, zuverlässige Bedienung. Ober tausend freiwillige Anerkennungen sind uns in der neuesten Zeit zugegangen.

— Hauptkatalog steht kostenlos und prompt zu Diensten!



Ortsverwaltung Groß-Berlin.

Aus Anlaß der General-Versammlung findet am

Sonntag, den 15. August, eine \* Dampferpartie mit Musik \* nach Restaurant Prinzengarten am Müggelsee statt. Abfahrt morgens 9 Uhr von Jannowitzbrücke, Restaurant Schultheiß. Da nur 350 Karten ausgegeben werden, empfiehlt sich sofortige Bestellung. Karten à 1 Mk. sind bei den Bezirksführern und im Büro der Ortsverwaltung erhältlich.



Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien

Meyers Klassiker-Ausgaben

Unübertroffene Korrektheit — Schöne Ausstattung — Eleganter Leinwandeinband

- Arma, 1 Band, geb. ... 2 Mk.
Brentano, 1 Band, geb. ... 2
Bürger, 1 Band, geb. ... 2
Chamisso, 3 Bände, geb. ... 6
Eichendorff, 2 Bände, geb. ... 4
Gellert, 1 Band, geb. ... 2
Goethe, 15 Bände, geb. ... 30
Goethe, 30 Bände, geb. ... 60
Grillparzer, 5 Bände, geb. ... 10
Hauff, 4 Bände, geb. ... 8
Hebbel, 4 Bände, geb. ... 8
Heine, 7 Bände, geb. ... 16
Herder, 5 Bände, geb. ... 10
Immermann, 5 Bände, geb. ... 10
Jean Paul, 4 Bände, geb. ... 8 Mk.
H. v. Kleist, 5 Bände, geb. ... 10
Körner, 2 Bände, geb. ... 4
Lenau, 2 Bände, geb. ... 4
Lessing, 5 Bände, geb. ... 12
Ludwig, 3 Bände, geb. ... 6
Novallu.Fouqué, 1 Bd., geb. ... 2
Platen, 2 Bände, geb. ... 4
Reuter, 7 Bände, geb. ... 14
Rückert, 2 Bände, geb. ... 4
Schiller, 8 Bände, geb. ... 16
Shakespeare, 10 Bde., geb. ... 20
Tieck, 3 Bände, geb. ... 6
Uhland, 2 Bände, geb. ... 4
Wieland, 4 Bände, geb. ... 8

Ausführliche Prospekte sind gratis durch jede Buchhandlung zu beziehen.

Friedrich Fischer, Berlin S.O. 16, Bethanien-Ufer 8. Bureau u. Lager in Schreibmaschinen, Vervielfältigungsapparaten nebst deren Zubehör, Kontor- u. Schreib-Utensilien, Schnellheftern, Zeitungsmappen (Selbstbinder), Kuverts mit u. ohne Druck in allen Größen, Kopier-Einrichtungen, Heftmaschinen, Briefwagen, Geschäftsbüchern, Bureauöbeln etc. Lieferant der Hauptgeschäftsstelle d. A. D. G.-V. u. fast sämtl. Gewerkschaften, Krankenkassen usw. (912)

Alle Sorten Obst, Kartoffeln kauft ständig zu höchsten Marktpreisen Carl Westphal, Altona a.E. (1178/32) Landesprodukte

Der Bibliothekar Nr. 5 ist soeben erschienen! Die Nummer enthält: Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus, von Julian Borchardt. — Kleine Geschichten, von Gustav Morgenstern. — Die technische Fachpresse, von Richard Woldt. — Buch-Eigenzeichen (ex libris), von Ihl, mit Illustrationen. — Bücherbesprechungen. — Bibliothektechnisches. — Bibliothekberichte: Limbach und Nordhausen. — Notizen u. Sprechsaal.

Gärtner-Lehranstalt Oranienburg bei Berlin. Institut der Landwirtschaftskammer — Beginn des Wintersemesters am 19. Oktober 1909 (Späterer Eintritt nach Vereinbarung). Die Anstalt bietet Gehilfen Gelegenheit zur gründlichen theoretischen Ausbildung auf allen Gebieten der Gärtnerei. Reichhaltiges Demonstrationsmaterial im Anstaltsgarten und Exkursionen nach den bequem und mit geringen Kosten zu erreichenden Königl. Gärten und den bedeutenden Handelsgärtnereien von Berlin und seiner Umgebung. Kursusdauer 1 Jahr. Lehrlinge werden in der Anstaltsgärtnerei praktisch ausgebildet. Billige Pension in der Anstalt. Wenig Bemittelten eventl. Ermäßigung. Ausführlicher Bericht und nähere Anskunft kostenfrei durch Die Direktion. (1172/34)

Bei Bestellungen berufe man sich stets auf diese Zeitung.

Verkehrs-Lokale für Gärtner.

(In dieser Rubrik kostet ein zweifelliges Inserat pro Vierteljahr 2,50 Mk. (vorzusubscriben). Dafür erhalten die Inserenten regelmäßig ein Exemplar der Zeitung zum Aushängen in ihrem Lokal.)

- Barmen; Rest. Zur Reichspost von Robert Kämpfer, Unterbarren, Alleestr. 42. Lok. d. Ortsv. Barmen-Elberfeld. Versammlung jeden 2. Samstag im Monat. (1022)
Barmen, Gasthaus zur Stadt Hamburg, Rödigerstrasse 16. (Wirt: Albert Vogel.) Verkehrslokal der Filiale Barmen. Versammlung jeden 5. Samstag im Monat. (1023)
Berlin N., Weissenburgerstr. 67. Verkehrslokal Herberge Stellenausgabe: 11—12 Uhr ebenda.
Berlin W., Vorbergstr. 9, Poschmann, Vereinslokal. Gute Speisen. Versammlung jeden Freitag vor dem 15. (1024)
Blankensee, Rest. Bernh. David, Dockenhuden, Bahnhofstr. Vers. So. n. l. u. 15. (1025)
Braunschweig, Schöppenstedterstrasse 3, Zum schwarzen Ross, Verkehrs-, Vsl. jd. Sbd. (1026)
Charlottenburg, Oesnaabrückerstr. 30, F. Krull, Verkehrs- u. Versammlungslokal. (1023)
Obernitz, J. Materns unt. Hainstr. 7. Versamm. n. Bedarf. Arbeitsnachweis: Witte, Clausstr. 53, I.

- Cölln a. Rh., Restaurant Arenz, Weyerstr. 112. Vers. Samstag n. d. 1. u. 15.; daselbst Stellennachweis u. Unterstützung. (1029)
Dresden-A., Ritzbergstr. 2. und Marxstr. 15, 'Dresdener Volkshaus', Verkehrs- u. Herberge.
Dortmund, Ostwall 17, 'Zum Blenhaus', Inh. Menteler, Verkehrs-, Herb. u. Stellenn. Versg. Samstag nach dem 1. und 15. (1080)
Düsseldorf, Flingerstr. 40—42, Zum gold. Schellfisch, W. Düllberg, gute Küche und Logis, zivile Preise (1031)
Elberfeld, Volkshaus, Hombücherstr., Versg. jeden 4. Samstag im Monat. Verkehrslokal der Filiale Elberfeld. (1032)
Frankfurt a. M., Schlesinger Eck, Gr. Gallusgasse 2, Zentralverkehr der Gärtner Frankfurt, jeden Samstag Versammlung. (1035)
Frankfurt a. M.-Nordend, Restaurant 'Erl', Eckenermerlastr. 164. Versammlung Freitag nach dem 1. u. 15. (1036)
Granowald, Pein, Hubertusbaderstr. 8. Verk.-Lok. Versg. Sonnabend n. d. 1. j. M. Gut. Mittagstisch.

- Hamburg, Rest. Kling, Drehbahn 48, Arbeitsnachweis von 10—12 Uhr. (1037)
Hamburg-Hoheluft, M. Lewerenz, Wrangelstrasse 64, Verkehrslokal der Gärtner Hoheluft, Versammlung 1. u. 3. Dienstag i. M. (1038)
Hannover, Haller's Gasthaus, Bockstr. 11. Koll. sind jeden Tag zu treffen. (1039)
Leipzig, Volkshaus, Zeitzerstrasse.
Lübeck, Rest. Martin Nehlsen, Kl. Burgstr. 25. Verkehrslok. u. Nachtlogis. Gute Speisen. (1040)
Magdeburg, Knochenhauerufer-Strasse 27—28, Eingang Packhof-Strasse, 1 Treppe. Vereinslokal, Zentralherb.: Kleine Klosterstr. (1041)
Mannheim H. 3. 3, 'Volksstimme', R. 3. 14. Vereinslokal des Zweigvereins. (1042)
Mülhausen im Elsass, 'Wirtschaft zur Insula, Klostergasse 13.
Nürnberg, Rest. Högerbräu, Thal 75. Zentralverkehr der Gärtner und Herberge. Versammlung jeden vierten Samstag im Monat. (1045)
Pankow bei Berlin, Pankower Gesellschaftshaus Paul Borycki, Kreuzstr. 3—4, Vereinslokal des Zweigvereins. (1045)

- Steglitz, Verkehrslokal bei Fritz Romann, Steglitzer Gewerkschaftshaus, Schloss-Strasse 11, Versg. Donnerstag n. 1. u. 15. (1043)
Nieder-Schönhausen, Restaur. Ludwig, Kaiser Wilhelmstrasse 5, Vereinslokal. (1044)
Remscheid, Rest. Arnold Trisch, Bismarckstr. 13 Auch Herberge. (1046)
Sellinga, Restaurant A. Nippel, Wupperstr. 41 Zweigvereins-Lokal (1047)
Stellingen b. Hamburg, A. Lange's Klub- und Ballhaus, Kiekerstr. 211. (1049)
Stättart, Gewerkschafts-Haus, Esslinger Str. Nr. 17—19. Stellennachweis: Stadt. Arbeitsamt.
Wandsbeck, Lübecker Str. 55, W. Jeoncke, Wandsbecker Gesellschaftshaus, Logis pro Nacht 50 Pf. (1051)
Weissensee, Restaur. Aug. Reimann, Wörthstrasse 23. Für gute Speisen und Getränke bestens gesorgt. (1052)
Wiesbaden, Gewerkschaftshaus, Wellritsstr. 41. Vereinslokal. Ebendort: Arbeitsnachweis.
Zürich, Hinteror goldener Stern, Bellevueplatz Versamm. 14 tägig Sonnabends. (1053)